Einzelpreis 30 Pf. Halle, Donnerstag, den 15. April 1920. 31. Jahrgang · Nr. 88

Verlag u. Geschäftsstelle: Halle (Saale), Harz 42-44. Fernruf 1047. Geöffnet von 7½ Uhr früh bis 5 Uhr nachmittags. Postscheckkonto: Leipzig 105095. Hermann Schade

Volksblatt

Schriftleitung: Halle (Saale), Harz 42-44. Fernruf 1045. Sprechzeit: Nur werktags von 12 bis 1 Uhr mittags.

Sozialdemokratisches Organ für Halle und den Bezirk Merseburg.

Bezugspreis: Frei Haus monatl. 3,50 Mk., vierteljährl. 10,50 Mk.; durch die Post bezogen monatl. 3.50 Mk., ohne Zustellungsgebühr.

Erscheint jeden Werktag nachmittags. Anzeigen bis morgens 9 Uhr erbeten, größere tags vorher.

Anzeigenpreis: 40 Pf. für den Millimeter Höhe u. Spalte; 120 Pf. für Reklame, anschließend an den dreigespaltenen Textseitenteil.

Neuer Militär-Putsch?

Als die Arbeiterschaft in geschlossener Front mit den Angestellten und einem Teile der Beamten den verbrecherischen Militärputsch der Kappisten niederschlug, war sie sich vollkommen klar darüber, daß die Kapp-Militaristen ihre Putschpläne weiter verfolgen würden. Diese Absichten und Möglichkeiten werden ihnen wesentlich erleichtert, weil auch die Regierung Ebert-Müller weder den Willen noch die Kraft hat, der Verschwörergesellschaft entschlossen zu Leibe zu gehen. Die Hauptmacher des Putsches, Lüttwitz, der berühmte Major Bischoff, Oberst Bauer, Ehrhardt und eine ganze Reihe anderer militärischen und deutschnationalen Hochverräter laufen nicht nur noch frei umher, sie sammeln ganz ungestört bereit wieder ihre Kräfte zu einem neuen Gewaltstreich. Dem Vorwärts zufolge sind an verschiedenen Stellen Nachrichten eingelaufen, wonach die Kappisten Vorbereitungen zu einem neuen Handstreich eingeleitet haben. Es handelt sich um ein Unternehmen steckbrieflich verfolgter Verbrecher, die sich der befürchteten verdienten Strafe entziehen wollen, und anderer ähnlicher Elemente. Nach manchen Meldungen soll der neue Streich schon für die nächsten Tage geplant sein.

Der Vorwärts ermahnt zur schärfsten Wachsamkeit, und von der Regierung erwartet er festes Zugreifen, Aufbietung aller Mittel, um die verfolgten Verbrecher zu fassen und die Reorganisation der bewaffneten Kräfte so rasch wie möglich durchzuführen.

In einem alarmierenden Aufruf des Vorstandes der rechtssozialistischen Partei heißt es am Schlusse:

„Genossinnen und Genossen, laßt euch nicht von unberufener Stelle alarmieren, aber auch nicht einschläfern! Seid wach und bereit!"

Diese Mahnung gilt natürlich für die gesamte Arbeiterschaft. Aber sie nimmt sich im Munde des rechtssozialistischen Parteivorstandes doch recht merkwürdig aus. Man braucht nur darauf hinzuweisen, daß diese Wächter der Republik nicht einmal den Schuldigsten der Schuldigen am Kapp-Putsch, Noske, preisgeben wollten, und man braucht nur weiter an die jämmerliche Rolle zu erinnern, die heute, nach dem Putsch, die Ebert und Müller den militärischen Hochverrätern gegenüber noch immer spielen! Diese Regierung ist aus lauter Hilflosigkeit und politischer Unfähigkeit zusammengesetzt. Der Belagerungszustand müßte sofort aufgehoben werden, die Regierung läßt ihn bestehen. Verläßliche Truppen müßten aus organisierten Arbeitern gebildet werden. Aber man vermißt nach dieser Richtung hin bei dieser Regierung jede entschiedene Tat. Sie beschwört, wie die Freiheit treffend schreibt, durch ihr Zögern nur neue Gefahren herauf. Entschließt sie sich nicht endlich zu energischem Handeln, dann kann es vielleicht wieder zu einer Katastrophe kommen.

Die Arbeiterklasse verfolgt mit äußerster Spannung diese Entwicklung. Sie hat ihre Stärke kennengelernt und wird es verstehen, davon, wenn es sein muß, den nötigen Gebrauch zu machen und die Arbeit, zu der die Regierung unfähig ist, dann selbst zu verrichten.

•

Sie wühlen munter weiter.

In welcher Weise die „Auflösung" der Baltikumer vor sich geht, das zeigt ein Brief aus dem Munsterlager, der massenweise versandt wird und den das Hamburger Echo veröffentlicht. Er lautet:

Polizei-Bataillon
Eiserne Division
Auflösungsstelle.

Munsterlager, den 30. März 1920.

Zwecks Aufrechterhaltung der Verbindung mit der Eis. Div. ist der „Verein ehemaliger Angehöriger der Eis. Div." gegründet worden, dessen 1. Vorsitzender der Major Bischoff ist.

Seitens der Geschäftsstelle des Vereins soll eine Zeitung herausgegeben werden.

Falls Sie dem Verein beitreten wollen, werden Sie gebeten, umgehend Ihre Beitrittserklärung nebst dem Jahresbeitrag von 10 Mark an mich einzusenden.

L. V.:
Remmer,
Leutnant und Leiter der Auflösungsstelle.

Adresse: wie oben.

Der Major Bischoff ist, wie das Hamburger Echo feststellt, immer noch derselbe baltische Bandenführer, auf dessen Treiben wir schon lange vor dem Kapp-Putsch immer und immer wieder hingewiesen haben und unter dessen Leitung Stade feinergeist terrorisiert wurde. Es fehlen einem die Worte der Entrüstung, daß dieses Theater kein Ende nimmt."

•

Aus Breslau wird gemeldet: Zwei Offiziere sind des Mordes an Bankbeamten verdächtig. Die Untersuchungsakten gegen diese sind gegen Quittung beim Generalkommando Abteilung Ia am 25. März abgegeben worden. Diese Akten sind plötzlich verschwunden. — Auch ein Zeichen, mit welchen Mitteln die Reaktion arbeitet.

•

Die Entente gegen die Putschisten.

Berlin, 15. April. (WTB.) Wie das Berl. Tagebl. schreibt, hat das Blatt auf die Gerüchte, daß ein neuer Militärputsch unmittelbar bevorstehe, die auch in Ententekreisen einen Widerhall gefunden haben, mit dem britischen Geschäftsträger in Berlin eine Unterredung gehabt. Dieser erklärte, daß die britische Regierung einen neuen Militärputsch auf das entschiedenste zurückweisen würde. Jede Möglichkeit, Deutschland zu helfen, wird durch Gewaltaktionen zerstört werden. Der Versuch, ein reaktionäres Regime aufzurichten, würde von der öffentlichen Meinung Englands aufs schärfste verurteilt werden.

Die Kappisten und ihre Helfershelfer.

Die „Antibolschewistenfront".

Die Gründe für das Zusammenwirken der am Kapp-Putsch beteiligten Truppenverbände mit den äußerlich verfassungstreu gebliebenen Reichswehrtruppen im Kampfe gegen das Proletariat im Ruhrgebiet und den anderen Teilen Deutschlands sind jetzt von Professor Kern, der vor der Militärrevolte bei historischen Arbeiten in der Reichskanzlei überrascht wurde und an den Verhandlungen der Rebellen mit der Regierung Ebert teilnahm, aufgedeckt worden. Er veröffentlicht in der rechtsstehenden Zeitschrift Grenzboten feine Erinnerungen aus den Tagen der Lüttwitz-Diktatur. Nach seinen Mitteilungen wurde von den Rebellen in Fühlung mit der Regierung Ebert-Bauer das Wort von der neu zu bildenden Einheitsfront gegen den Bolschewismus gefunden als einziges Mittel, mit dem man die persönlich sehr enttäuschten Truppen der Meuterer vor dem Zerfall retten könnte!

Aus Kerns Darstellung geht zweierlei hervor. Erstens, daß die Regierung Ebert-Bauer mit der neuen Losung „Kampf gegen den Bolschewismus" in Verbindung mit den Meuterern durchaus einverstanden war, obwohl sie das bisher stets geleugnet und die Unterschriften des Militärbefehlshabers v. Seeckt und des damaligen Reichsjustizministers Schiffer unter ein Flugblatt antibolschewistischen Inhalts — das unmittelbar nach Kapps Abdankung aus Flugzeugen über Berlin abgeworfen wurde! — für gefälscht erklärt hatte. Zweitens aber ergibt sich aus Kerns Mitteilungen, daß die Bildung der antibolschewistischen Einheitsfront nach dem Abgange der Meuterer mit ihnen nicht nur zum Zwecke ihrer persönlichen Rehabilitierung erfolgte, sondern zugleich auch, um die Auflösung der hinter ihnen stehenden Truppen zu verhindern. Die Regierung hatte also ihre bindenden Versprechungen an die Gewerkschaften, die konterrevolutionären Formationen aufzulösen, bereits vor ihrer Abgabe sabotiert!

Man braucht sich nun nicht mehr zu wundern, daß die Meuterer-Formationen immer noch nicht aufgelöst sind, sondern im Ruhrgebiet ihre Rache an unbewaffneten Arbeitern nehmen können.

•

Aus Kerns Mitteilungen geht weiter unzweideutig hervor, daß die Versicherungen der Regierung Bauer-Noske, sie haben nicht mit den Kappisten verhandelt, unwahr sind. Als nämlich die Rebellen ihr Spiel verloren gaben und sich nur noch bemühten, ihre Haut zu retten, fanden sie verständnisvolles Mitempfinden bei Mitgliedern des Reichskabinetts. Noske und seinem Stabschef von Gilsa gelang es, Ebert von der Notwendigkeit einer Vereinbarung mit den Putschisten zu übertzeugen, weil man nicht ewig Bürgerkrieg führen könne. Freilich nicht, handelte es sich doch nicht um ein Vorgehen gegen streikende Arbeiter! Noske und Ebert formulierten dann nach einer telephonischen Verständigung aus Stuttgart mit den Verschwörern die Mindestforderung an Kapp, die Gilsa dem Hauptmann Pabst, der Seele des Kappistenstreiches sofort telephonisch übermittelte.

In Berlin bemühte sich Herr Schiffer, der Reichsjustizminister und Demokrat, zu gleicher Zeit in gleicher Hinsicht. Nach den Behauptungen Kerns versprach er den Kappleuten, sich persönlich und mit seinem Portefeuille für ihre Amnestierung einzusetzen. Herr Schiffer, der vor dem Putsche wiederholt erklärte, eine Amnestie für die politischen Gefangenen und Sträflinge könne überhaupt nicht in Frage kommen, wollte also für die Kapp-Lüttwitz-Verbrecher vollen Pardon erwirken.

Auf die Antwort der von Kern Bloßgestellten darf man gespannt sein. Insbesondere auf die Stellungnahme der Demokratischen Volkspartei, die so zähe an Herrn Schiffer festhalten wollte. Sie ist in Durchbrungen vom Wesen der Demokratie, daß sie ein Paktieren der Regierung mit den gewerkschaftlichen Verbänden, in denen die Hauptmasse der deutschen Arbeiter- und Angestelltenschaft organisiert ist, als Verstoß gegen die Demokratie verdammen. Aber ihren Herrn Schiffer, der den politischen „Verbrechern" aus der Arbeiterschaft keinerlei Amnestie gewähren wollte, dafür aber den Halunken vom 13. März, diesen famosen Demokraten mit der merkwürdigen Auffassung von Gleichheit aller Staatsbürger vor dem Gesetz, erhob sie bei der Neubildung der Reichsregierung als Ministerkandidaten auf den Schild und verteidigte ihn mit Nägeln und Zähnen. Ungewollt und ungewußt gab sie damit einen Beweis für die Richtigkeit der Wertung der bürgerlichen Demokratie durch den revolutionären Sozialismus.

Entwaffnung der badischen Einwohnerwehren.

Karlsruhe, 14. April. Das badische Ministerium des Innern hat auf Grund des Vorgehens der Entente die Einwohnerwehren aufgefordert, die in ihrem Besitze befindlichen Waffen den öffentlichen Polizeibehörden zu übergeben. Ueber die Zukunft der Einwohnerwehren schweben noch Verhandlungen. Das Vorgehen des Ministeriums des Innern, so heißt es in der amtlichen Veröffentlichung, wird von der Gesamtregierung gedeckt, die die Verantwortung für die Gefahr von Repressalien nicht übernehmen kann.

Die Reaktion in Bayern.

Aus München wird der Freiheit geschrieben:

In Bayern gibt es jetzt eine Regierung, die von der Deutschen Tageszeitung mit großer Sympathie begrüßt wurde als Beginn einer neuen Zeit. Diese Gesinnung des Junkerblattes ist ebenso bezeichnend wie selbstverständlich. Haben in Berlin die Kapp und Lüttwitz wie Bullen gehaust und dadurch den eigentlichen Politikern der militärischen Reaktion das Konzept gründlich verdorben, so hat man es in Bayern trefflich verstanden, den Militaristenputsch hinter dem Schleier von Ministerratsbeschlüssen und parlamentarischen Verhandlungen zu verbergen.

Die ungeheure Erregung, die der Berliner Putsch vom 18. März in den arbeitenden Massen Bayerns auslöste, verhinderte zunächst ein offenes Auftreten der bayerischen Militärs und bewog sie, die Erreichung ihrer Ziele in Verbindung mit den Spitzen der Bureaukratie auf Schleichwegen zu verfolgen. Es war die zaghafte und schwankende Haltung der rechtssozialistischen Minister, die ihnen dieses Geschäft erleichterte. Die Erklärung des General Möhl am Nachmittag des 13. März, daß er und die Truppen „zunächst" auf dem Boden der Verfassung ständen, hatte zur Folge, daß die Streikkommission, die sich sofort aus den drei Parteien, den Gewerkschaften und den Betriebsräten gebildet hatte, zu einem sofortigen Beschluß, den Generalstreik auszurufen nicht kam. Aber bereits in der folgenden Nacht zwang General Möhl, vorgeschoben durch die Offiziersclique und die hinter ihnen stehen Zeitfreiwilligen, Studenten und Gymnasiasten, dem Ministerrat die Uebertragung der vollziehenden Gewalt auf seine Person ab, da, wie er erklärte, er sonst nicht für die Sicherheit der Minister garantieren könne. Allein der Ministerpräsident Hoffmann stimmte im Ministerrat gegen den Erlaß dieser Verfügung, unterzeichnete ihn aber, von seinen Kollegen überstimmt, ebenfalls mit seinem Namen, wahrscheinlich auf Grund der diesen Herren eigentümlichen Auffassung von Demokratie. Wenn sie „halt nicht die Mehreren fan", wie man in Bayern so schön sagt, dann ist für sie die Möglichkeit jeder politischen Wirksamkeit geschwunden. Dabei standen die stabilbeheimten und revolvergürtelten Offiziere, nach Aussage des rechtssozialistischen Ministers Endres, vor der Tür, um nötigenfalls der Forderung des Herrn Möhl Nachdruck zu verleihen, eine Feststellung, die eine Woche später von dem sogenannten Demokraten Müller-Meiningen im Landtage mit frecher Stirne bestritten wurde.

Dieser Vorgang kam in den Morgenstunden des Sonntag der Streikkommission zur Kenntnis und veranlaßte sie, den sofortigen Generalstreik zu beschließen. Dieser Beschluß löste in den beiden großen Massenversammlungen, die unsere Partei am Vormittag abhielt, stürmische Begeisterung aus. Die stürmische Bewegung, die die Massen erfaßt hatte und die sich auf den Straßen deutlich bemerkbar machte, belebten die rechtssozialistischen Minister, welcher verbrecherischen Feigheit sie sich schuldig gemacht hatten. Unter dem Drucke der Bewegung erklärten sie am Nachmittag ihren Rücktritt und zwangen dadurch die bürgerlichen Minister, ebenfalls abzudanken. Der Polizeipräsident und berüchtigte Staatsstreichler Pöhner sowie der General Möhl und der ihm zur Seite gestellte Zivilkommissar v. Kahr hatten durch Anschläge versucht, die Massen zu täuschen, jedoch ohne Erfolg. Kahr, Pöhner und der Landeshauptmann der Einwohnerwehren Escherich sind, wie sich später herausstellte, die eigentlichen Regisseure des Staatsstreiches gewesen, indem sie hinter dem Rücken des Ministerrates mit dem General Möhl, dem Obersten Epp und den Zeitfreiwilligen konspirierten.

Der Generalstreik setzte am Sonntagabend mit der Stillegung des Straßenbahnbetriebes ein, am Montagfrüh wurde die Arbeit in der gesamten Industrie niedergelegt, mittags folgte der Eisenbahnverkehr. Die Bewegung griff immer mehr um sich, aus allen Orten liefen Meldungen über die allgemeine Niederlegung der Arbeit ein. Den Militaristen begann es inmitten der gegen sie aufgepeitschten Massen schwül zu werden. Sie versuchten, ihrer Position unsicher, die Reichswehrsoldaten gegen die Arbeiter aufzuhetzen; die Truppen wurden in den Kasernen streng vor jeder Berührung mit der Bevölkerung gehalten. Nur die Zeitfreiwilligen zogen mit schwarzweißroten Fahnen mit flingendem Spiel demonstrierend und provozierend durch die Straßen.

Die Rechtssozialisten wußten wie gewöhnlich in gefahrvollen Situationen nicht, auf welchen Ast sie sich setzen sollten. In ihrer Landtagsfraktion war eine sehr starke Minderheit für die Beteiligung an der neuen Regierung, die der auf Dienstag, den 16. März, einberufene Landtag einsetzen sollte. Unter dem Drucke des Generalstreiks jedoch siegte unter der Führung von Timm die Ansicht, sich der Regierungsbildung fernzuhalten. Als dann durch das Kulissenspiel Herr Kahr zum Ministerpräsidenten gemacht wurde, brachten sie es aber fertig, einer gemeinsamen Erklärung aller Landtagsfraktionen zuzustimmen, die der Staatsstreichregierung lojale Unterstützung zusagte, anstatt, wie es ihre Pflicht war, sofort in schärfste Opposition zu treten und den Staatsstreichlern vor den Augen der Oeffentlichkeit die Maske vom Gesicht zu reißen. Der nur drei Mann starken U. S. P. Fraktion war es infolge des Verkehrsstreiks nicht möglich, im Landtage zu erscheinen.

Während die sogenannten Demokraten, die sich in Bayern durch nichts von den Deutschnationalen unterscheiden, von vornherein den Generalstreik für überflüssig erklärten, wurde von den Rechtssozialisten die Ansicht kolportiert, daß der Generalstreik abgebrochen werden müsse, weil am Dienstag dem General Möhl die vollziehende Gewalt wieder entzogen und ein Zivilkommissar an seine Stelle ernannt werde. Es gelang ihnen auch, die Eisenbahner ins Wanken zu bringen, so daß der Streik am Mittwoch nachmittag abgebrochen werden mußte.

Die Bewegung hatte sich in München unter einer imposanten Disziplin der Massen vollzogen, wesentliche Zwischenfälle haben sich nicht ereignet. In Nürnberg provozierten zeitfreiwillige Erlanger Studenten, die von dem dortigen Regierungskommissar, dem berüchtigten Major Gareis, herbeigerufen wurden, indem sie wahllos in die Massen hineinfeuerten. Ueber Hof wurden die bekannten Schwindelmeldungen lanciert, zu deren Verbreiter sich der neugebackene Ministerpräsident v. Kahr in seiner Antrittsrede im Landtage machte. Diesem Herrn wurden bisher in unserer

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219200415-18/fragment/page=0001

Presse nicht weniger als vier Lügen in der ersten Rede nachgewiesen, so daß die „Lügen des Herrn v. Kahr" in Bayern ein geflügeltes Wort geworden sind.

Herr v. Kahr, der sich selbst als politischen Neuling bezeichnet, gilt als einer der gewandtesten und einflußreichsten Bureaukraten Bayerns. Als Regierungspräsident von Oberbayern äußerte er in einem an den nunmehr von ihm selbst gestürzten Rechtssozialisten Endres gerichteten Geheimbericht, daß man sich auf dem Lande förmlich nach einer Diktatur sehne. In auffallender Uebereinstimmung mit dieser Wendung sieht der Schlußpassus eines nach Berlin gerichteten Wolff-Telegramms, in dem es heißt, daß die Landbevölkerung vorübergehende Militärdiktatur wünsche. Dies deutet neben anderen Anhaltspunkten auf die Stelle hin, in der die monarchistische Verschwörung ihren Mittelpunkt hatte. Herr v. Kahr hat auf alle Angriffe in der rechtssozialistischen und unserer Presse, in den ihm hochverräterische Handlungen vorgeworfen wurden, nicht antworten können.

Die heutige bayerische Regierung stellt sich dar als eine Diktatur der rückständigsten Volksschichten des Kleinbürgertums und der Bauernschaft über die industrielle Bevölkerung. Dies kommt auch jetzt den Demokraten, die das verbrecherische Spiel der Reaktionäre mitmachten, allmählich zum Bewußtsein und sie verlangen heftig den Rücktritt des antisemitischen Münchener Polizeipräsidenten Pöhner, unter dessen Vorgriffen sie selbst zu leiden haben.

Die Rolle des vielgenannten Dr. Heim scheint nunmehr ziemlich klar zu liegen. Die aufsehenerregenden Enthüllungen der Münchener Post zeigen, daß in den bayerischen reaktionären Preisen eine partikularistische auf die Lösreißung Bayerns hinarbeitende Strömung und eine zentralistisch-großdeutsche Strömung vorhanden ist und daß an diesen Gegensätzen die Ministerschaft des Dr. Heim scheiterte. Seine Bestrebungen an der bestehenden Militärverschwörung ist klar erwiesen, die Mitteilungen der deutschen Münchener Presse im Einklange mit der Haltung des Heimschen Organs, des Regensburger Anzeigers, in den Tagen des Kapp-Putsches.

Die bayerische Arbeiterschaft ist sich bewußt, daß sie ihren Kampf gegen die bayerische Reaktion nur in engster Gemeinschaft mit ihren norddeutschen Klassengenossen führen kann. Die Bewegung im Ruhrgebiet, der Wortbruch der Militaristen, haben die Erregung und die Spannung der Massen aufs äußerste gesteigert, so daß sie jederzeit bereit sind, in den Kampf einzutreten, wenn die Militaristen den Handschuh wieder hinwerfen sollten. Die bayerischen Arbeiter werden die Herausforderung annehmen, am gemeinsam mit der gesamten deutschen Arbeiterklasse die militaristische Herrschaft endgültig niederzuwerfen.

•

Ministerpräsident von Kahr kneift.

Die bayrische Presse veröffentlicht eine Erklärung des Herrn von Kahr, wonach er nicht mit dem Austritt Bayerns aus dem Reiche gedroht haben will für den Fall, daß die Einwohnerwehren aufgelöst werden. Er stehe fest auf dem Boden der Reichseinheit und habe den verfassungsmäßigen Weg auch in der Frage der Einwohnerwehren niemals verlassen.

Das Merkwürdigste ist, daß die verschiedensten Blätter über die Rede des Herrn von Kahr durchaus übereinstimmend berichtet haben. Die rechtssozialistische Münchener Post stellt fest, daß sie über diese Rede zwei Aufzeichnungen besitzt, die in allen Punkten übereinstimmen. Ganz unabhängig davon haben die München-Augsburger Abendzeitung und der deutschnationale Berliner Lokalanzeiger im wesentlichen dasselbe über die Rede gemeldet. Herr von Kahr hat also zweifellos so gesprochen. Nachträglich scheinen ihm Bedenken gekommen zu sein. Viel Vertrauen zu seiner Reichstreue wird man danach nicht haben dürfen. Jedenfalls geht die Hetze unter der Bauernschaft, die der Ministerpräsident durch seine Worte entfesselt hat, in verstärkter Weise fort. Es wird ganz offen mit Abfall vom Reiche, Lieferstreik und anderem mehr gedroht.

•

Leugnen nützt nichts!

Mit krampfhaftem Eifer bemühen sich die Deutschnationalen, jedes Einverständnis mit den Kapp-Lüttwitzen und ihrem Staatsstreich weit von sich abzuweisen. Und das, obwohl es ihnen schon an einer ganzen Reihe unwiderleglicher Tatsachen — zu denen auch die Besprechungen ihrer Führer mit dem General Lüttwitz wenige Tage vor dem Putsch gehören, ihr Aufruf während der Kapp-Lüttwitz-Tage und die Haltung ihrer Presse während und nach dieser Zeit — nachgewiesen worden ist. Das Berliner Tageblatt bringt in seiner Morgenausgabe vom 14. April abermals einen Beweis für die engen Beziehungen zwischen dem Bureau des Landesverbandes der Deutschnationalen Volkspartei in Berlin, Schellingstraße 1, und den Putschisten. Am 13. März unmittelbar nach der Ausführung des Putsches wurde im Hause Schellingstr. 1 die schwarzweißrote Fahne aufgezogen. In der Nacht vom 14. zum 15. März wurde der Vorsitzende eines Beamtenverbandes plötzlich durch energisches Klingeln aus dem Schlafe gestört. Ein Offizier in Begleitung mehrerer Mannschaften überbrachte ihm ein Schreiben, durch das ihm der Herr „Minister" Traub zu einer Besprechung am nächsten Vormittag auf seinem Bureau einlud. Als Sitz dieses Bureaus hatte Herr Traub angegeben das Haus — Schellingstraße 1.

Die Reichswehr verläßt das Ruhrrevier.

Berlin, 14. April. Der Lokal-Anzeiger berichtet, daß General Watter, der gestern vormittag in Berlin eintraf, am Nachmittag eine längere Besprechung mit dem Reichspräsidenten hatte. Nach Lage der Dinge sei damit zu rechnen, daß die militärischen Operationen im Westen in den nächsten Tagen ihr Ende finden würden.

•

Ueber einen teilweisen Rückzug der Reichswehr aus dem Ruhrgebiet berichtet ein Telegramm der Freiheit:

Die Reichswehrtruppen sind aus Iserlohn zurückgezogen worden. Dieser Rückzug ist auf die Forderung der Gegener Arbeiterschaft zurückzuführen, die erklärt haben, daß die Flüchtlinge aus dem besetzten Gebiet nur dann mit dem vollen Heeresgut nach Hagen zurückkehren würden, wenn durch einen überall zu erfolgenden Rückzug der Reichswehr auch im Gebiet nördlich der Ruhr völlige Sicherheit für sie geschaffen sei.

Es ist zunächst, fährt das Telegramm fort, bezeichnend für das geringe Vertrauen, das Versprechungen der Reichswehr verdienen, daß in Iserlohn während der Besetzung durch die Reichswehrtruppen dauernd versucht wurde, die an dem Kampfe beteiligt gewesenen Genossen, trotzdem sie ihre Waffen bereits vor dem 2. April abgeliefert hatten, zu verhaften.

Aber noch schlimmer war das Verhalten der Reichswehr in Schwerte. Die Schwerter Arbeiter waren nach Hagen geflüchtet, von wo man sie dauernd durch Versprechungen auf völlige Sicherheit zur Rückkehr nach Schwerte zu bewegen suchte. Man wiegte sie so lange in Sicherheit, bis alle Genossen, die die Reichswehr suchte, wieder anwesend waren. Dann wurden sie aber sämtlich verhaftet, um vor ein Kriegsgericht gestellt zu werden.

Ein Teil der Reichswehr ist nach Süddeutschland und dem Vogtland abtransportiert worden.

Friedensmöglichkeiten im Kriege.

Der „Untersuchungsausschuß" tagt wieder.

Die jetzige Mehrheit der Nationalversammlung hofft noch immer, in den neuen Reichstag wieder einziehen zu können. Um einen neuen Wahlpropagandastoff gegen rechts zu bekommen und die Wahlmüdigkeit der Koalitionsparteien klappern zu lassen, hat man den Untersuchungsausschuß der Nationalversammlung aus der Versenkung wieder auftauchen lassen. Es wurde die Zeugenvernehmung des ehemaligen Botschafters in Washington, Grafen Bernstorff, fortgesetzt.

Graf Bernstorff bekundet nochmals mit aller Bestimmtheit, daß es die Aufgabe der deutschen Politik war, Amerika aus dem Kriege zu halten. Ohne Hilfe Amerikas hätte die Entente nicht zu siegen vermocht. Amerika sei bereit gewesen, einen Frieden ohne Sieg der Parteien zu vermitteln, nur durch den von den Alldeutschen geforderten deutschen Sieg und den U-Boot-Krieg sei Amerika in die Reihe unserer Gegner und in den Krieg gedrängt worden. Graf Bernstorff weist nach, daß der verhängnisvolle Entschluß zum U-Boot-Krieg von Wilhelm und Bethmann auf Treiben der Hindenburg und Ludendorff in voller Kenntnis des Umstandes gefaßt wurde, daß die amerikanische Regierung die kriegführenden Parteien an den Friedenstisch führen wollte.

Graf Bernstorff erhält Gelegenheit, sich gegenüber den Beschuldigungen, die Ludendorff gegen ihn in der letzten Ausschußsitzung erhoben hat, zu rechtfertigen. Bernstorff erklärt, daß der Vorwurf der falschen Information des Reichskanzlers gänzlich unbegründet sei. Volle zwei Jahre lang habe er, Bernstorff, der Berliner Zentralinstanz berichtet, daß der U-Boot-Krieg unvermeidlich den Krieg mit Amerika zur Folge haben würde. Was die deutsche Propaganda betrifft, so sei seiner Meinung nach, eher zuviel als zu wenig geschehen. Wenn die Propaganda so wenig gewirkt habe, so war dies das Ergebnis einer schwankenden Politik, die den Eindruck der Unaufrichtigkeit und der Hinterhältigkeit machte. Technisch war die Propaganda der englischen durch den Mangel eigener Kabel völlig unterlegen. Ueber die Einzelheiten der Propaganda soll der frühere Staatssekretär Dr. Bernburg Auskunft geben, der die Propaganda von Neuyork aus geleitet hat.

Abgeordneter Cohn-Nordhausen (U. S.), bringt die Sprache auf die deutschen Verschwörungen in Amerika. Graf Bernstorff sagt, daß die Gerüchte über die deutschen Verschwörungen, wie gerichtlich festgestellt worden ist, stark übertrieben waren. Daß aber die Verschwörungen, die tatsächlich stattgefunden hatten, nicht von ihm, dem Botschafter, sondern von den deutschen Militär- und Marine-Attaches ausgegangen seien, die selbständig gestellt waren.

Bernstorff kommt noch einmal auf die hochmütige Art zu sprechen, mit der Ludendorff der Meinung der maßgebenden Kreise Deutschlands dahin Ausdruck gegeben habe; sie wollten uns einen Frieden mit Hilfe Amerikas bringen, diesen Frieden wollten wir nicht. Wir wollen den deutschen Sieg und den wird uns der U-Boot-Krieg in drei Monaten bringen.

Es kommt noch zur Sprache, daß der Verweser des deutschen Generalkonsulats in Neuyork politische Berichte, die der Auffassung des Grafen Bernstorff widersprachen, nach Berlin gesandt hat. Auf diese Berichte, deren Unrichtigkeit und falsche Auffassung durch die kommenden Ereignisse klar bewiesen worden sind, hat Ludendorff seine falsche Meinung aufgebaut.

In der nächsten Sitzung soll der Verfasser dieser Berichte vernommen werden.

Das annexionistische Polen.

Auf das Friedensangebot der russischen Sowjet-Regierung hat der Polnische Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten bekanntlich eine Antwort erteilt, in der unter anderem folgende Forderungen enthalten sind:

1. Wiedergutmachung des großen Verbrechens der Teilungen Polens, an denen Rußland teilgenommen hat, d. h. Desannexion aller Länder, seitens Rußland, welche es infolge der Teilung Polens an sich gerissen hat.

2. Rußland gibt alle territorialen Ansprüche auf die Länder auf, welche es von Polen an sich gerissen hat. Polen wird, treu den Grundsätzen der Toleranz, in Berücksichtigung der Rechte der anderen Völker über das Los der Bewohner der Länder entscheiden, welche westlich der Grenze von 1772 wohnen, und zwar im Einvernehmen mit der Bevölkerung.

Polen verlangt also die Herrschaft über alle diejenigen Landesteile, die es vor dem Jahre 1772 beherrscht hat. Es ist notwendig, sich einmal klarzumachen, was diese Forderung politisch, wirtschaftlich und in nationaler Hinsicht bedeutet.

Der polnische Staat wurde dann ungefähr doppelt so groß in seinem Umfange sein wie Frankreich, viel größer als Deutschland, und wurde seiner Fläche nach der zweitgrößte Staat Europas werden. Die annexionistische polnische Regierung verlangt von der russischen Sowjet-Regierung die Zurückerstattung von Litauen und Weißruthenien, Lettland, Kurland, Livland und eines großen Teiles der Ukraine. Dieser polnische Großstaat würde ohne 32 Millionen Einwohner umfassen. Von diesen 32 Millionen Einwohnern waren nur, 17½ Millionen Polen, 1½ Millionen Ukrainer, 7 Millionen Weißruthenen, 6 Millionen Juden, 4 Millionen Deutsche, 2 Millionen Litauer und Letten, 1½ Millionen Russen. In diesem „polnischen" Reiche waren also 67 Prozent oder zwei Drittel der Einwohner nicht polnischer Nationalität. Die Ukrainer würden fast 18 Prozent, d. h. mehr als ein Viertel der gesamten Bevölkerung ausmachen, die Deutschen 8 Prozent, die Juden fast 10 Prozent.

Daß dieser Staat, in dem die 33 Prozent Polen die Herrschaft über die zweidrittelsmehrheit der anderen Volksteile aussüben wollen, eine ständige Bedrohung des europäischen Friedens sein würde, ist ohne weiteres klar. Weder Rußland noch Deutschland könnte, infolge der ewigen Unruhen, die in diesem Staate durch die Kämpfe zwischen den einzelnen Nationen herrschen würden, zur Ruhe kommen. Sollte die Entente sich entschließen, den Annexionswahnsinn der polnischen Nationalisten gegenüber der russischen Sowjet-Regierung zu unterstützen, so wird sie dafür die Verantwortung übernehmen müssen, daß in Europa noch immer kein Frieden wird. Denn es kann weder den Russen noch den Ukrainern zugemutet werden, daß sie gewaltige Gebiete, die mit ihren Volksgenossen bewohnt sind, der polnischen Herrschaft ausliefern. Leben doch in den Gebieten, die die Polen von den Ukrainern fordern, 77 Prozent Ukrainer und nur 3 Prozent Polen. Mit demselben Recht könnten die dort wohnenden 3 Prozent Deutschen den Anspruch auf die Herrschaft über jenes Gebietes erheben.

Die deutsche Oeffentlichkeit, vor allem die deutsche Arbeiterschaft hat die Pflicht, unzweideutig zu erkennen zu geben, daß sie nicht gewillt ist, mit einem Großstaat Polen ein zweites Oesterreich-Ungarn zu schaffen, und daß die russische Sowjet-Republik alle moralische Unterstützung bei der Abwehr des polnischen Nationalismus in Deutschland finden wird, die die deutsche Arbeiterschaft in ihrer ganzen Macht zu geben vermag.

Französische Note über die politische Lage.

Basel, 13. April. Ueber die politische Lage veröffentlicht die Agentur Havas eine längere Note, in der gesagt wird, daß Frankreich am Vorabend der Einigung seiner Regierung mit der englischen Regierung stehe. Der englische Botschafter Lord Derby habe Millerand die Antwort auf die Note, die er am vorhergehenden Abend erhalten habe, überreicht. Die Erklärungen Millerands hätten dem englischen Botschafter vollständig befriedigt. Die Londoner Regierung hat vorerst zu wissen gewünscht, ob die französischen Truppen im Augenblick, wo sie Frankfurt und Darmstadt räumen, auch die kürzlich auf dem rechten Rheinufer besetzten Städte wieder räumen würden. Millerand antwortete Lord Derby, daß die Räumung vollständig und auf einmal erfolge. Auf eine zweite Frage präzisierte Millerand die Interventionsbedingungen Frankreichs und sagte, daß die deutschen Truppen im Ruhrgebiet bedeutend stärker seien, als sie nach der Entscheidung vom August 1919 sein dürften. Es scheine, daß auf deutscher Seite hierüber zwischen dem Reichskommissar Severing, der für den Abzug der Truppen eintrat, und dem General Watter, der sich demgegenüber ablehnend verhielt, eine Auseinandersetzung erfolgt sei.

•

Die Börsenpanik.

Die Bekanntmachung der Reichsregierung, daß diejenigen Papiere, die laut Friedensvertrag an die Signatarmächte des Friedensvertrages von uns abgeliefert werden müssen, zu einem Kurse beschlagnahmt werden sollen, wie er vor dem 10. Januar 1920 notiert worden ist, hat an den Börsen die heftigste Aufregung zur Folge gehabt. Ein großer Teil der deutschen Börsen mußte geschlossen werden. Beschimpfungen, ja tätliche Mißhandlungen der Börsenvorstände, Brandreden waren an der Tagesordnung. Die Erregung der Börsenspekulanten kann die Arbeiterschaft sehr kalt lassen. Die Elemente, die sich nicht gescheut haben, eine wüste Spekulation gerade in den Papieren zu treiben, von denen sie erwarteten, daß die Reichsregierung sie zu hohem Kurse zum Zwecke der Ablieferung werde ankaufen müssen, haben heute keine Ursache, sich über das Scheitern dieses verschleierten Betrugsmanövers zu beklagen. Die Regierung aber kann nicht schuldlos gesprochen werden, sie hat durch ihr bisheriges Stillschweigen die Kursbildung und die gewissenlose Spekulation in jenen Papieren gefördert. Hätte sie durch Warnungen der Oeffentlichkeit mitgeteilt, daß die Spekulation in diesen Papieren wertlos sei, da die Reichsregierung die Enteignung zu einem Kurse vornehmen werde, der durch die Spekulation unbeeinflußt sei, so hätte sie die schwere Erschütterung der deutschen Börse verhindern können. Die Ursachen für dieses Stillschweigen der Regierung liegen tiefer. Sie liegen in der Unsähigkeit der Regierung, irgendwelche Pläne oder auch nur Aussichten für die künftige Gestaltung des deutschen Wirtschaftslebens zu äußern. Die Regierung schweigt sich im Parlament wie in der Presse über die Gestaltung der deutschen Wirtschaftsverhältnisse aus, die so eigenartig sind und in denen so eigenartige Erscheinungen sich gerade in diesen Tagen bemerkbar machen, daß die Regierung alle Ursache hätte, der Oeffentlichkeit nicht nur von dem ihr bekannten Tatsachenmaterial Mitteilung zu machen, sondern auch ihre Ansicht über die künftige Gestaltung der Wirtschaftspolitik zu äußern. Das Schweigen der Regierung bedeutet die Unfähigkeit gegenüber den großen bestehenden Schwierigkeiten im wirtschaftlichen Leben.

Die Militärdiktatur in Erfurt.

Endlich ist die Vorzensur über die Erfurter Tribüne aufgehoben worden, und unser Bruderblatt ist imstande, näheres über den Skandal zu berichten, den das Vorgehen der Militärdiktatur in Erfurt ungeheilsfaht darstellt. Längst hatte die Regierung den Belagerungszustand über Thüringen aufgehoben und damit dem Oberpräsidenten Hörsing die vollziehende Gewalt wieder übertragen. Der Oberpräsident hob die Vorzensur auf, aber die unverschämte Gesellschaft, die in Erfurt die „Demokratie" gegen den „Bolschewismus" beschützte, erklärte einfach:

Nach Verfügung der R.-W.-Brigade 11, Kassel, Ia Nr. 657 vom 11. 4. 20, ist Militärbefehlshaber für Reg.-Bezirk Erfurt nach General Nunschöttel. Von Zuständigkeit des Oberpräsidenten Hörsing ist in Kassel nichts bekannt. In meiner Eigenschaft als Bezirksbefehlshaber Erfurt habe ich die Aufhebung der Vorzensur bei der Brigade beantragt. Entscheidung wird mitgeteilt.

v. Selle, Oberst und Bezirksbefehlshaber.

Dieser Herr v. Selle ist einer der klügeren Reaktionäre, die sich am 13. März nicht offen für Kapp aussprachen, sondern „Ruhe und Ordnung" im Kappschen Sinne aufrechterhielten, um am 16. März den berühmten Boden der gegebenen Tatsachen energisch wieder zu betreten. Der Herr wußte also nichts davon, daß Hörsing Oberpräsident von Sachsen und als solcher für Erfurt zuständig ist. Daß diese Behauptung natürlich nur ein kindlicher Vorwand ist, erhellt aus dem Satz, er habe die Aufhebung der Vorzensur bei der militärischen Behörde beantragt. Echt militaristische Prestigepolitik! Der Herr Oberst sieht, daß seine Herrschaft vorläufig etwas abgebaut werden muß, aber um keinen Preis gibt er das zu: Wenn eine Erleichterung eintritt, so darf sie nur als Geschenk der Militärdiktatur dem Zeitungspöbel hingeworfen werden! So kam es denn auch. Unsere Erfurter Genossen griffen zur Selbsthilfe und erklärten einfach, daß für sie die Vorzensur nicht mehr existiere, nachdem der Oberpräsident sie aufgehoben habe. Und siehe da: Pünktlich, als die Zeitung gedruckt wurde, erschien folgende bezeichnende Bekanntmachung:

Auf Antrag des Bez.-Befehlshabers Erfurt ist soeben von der Reichswehrbrigade 11 in Kassel entschieden worden, daß die durch Rpr.-Brigade 11 vom 26. 3. 20, Ia Nr. 176 Gef., verfügte Vorzensur der Tribüne sofort aufzuheben ist. Vorstehendes wird hiermit zur Kenntnis der Tribüne gebracht.

v. Selle, Oberst und Bezirksbefehlshaber.

Mit Recht fragt die Erfurter Tribüne: Wer regiert in Deutschland?

Forderungen der Geraer Konferenz.

Die am Mittwoch in Gera (Reuß) stattgefundene Konferenz der Aktionsausschüsse und der sozialistischen Parteien, welche zu dem Falle Hölz und der daraus entstandenen Militäraktion Stellung nahm, war von 90 Delegierten beschickt. Die Regierungen von Sachsen-Altenburg und Sachsen-Weimar wurden durch mehrere Staatsräte vertreten. Ferner waren anwesend der Präsident des Thüringer Volksrates, der zweite Vorsitzende des Gewerkschaftsbundes Berlin, ein Vertreter des Deutschen Eisenbahnerverbandes und der Zivilkommissar der Provinz Sachsen. In der mehrstündigen Debatte wurde übereinstimmend auf die Gefahr eines neuen Militärputsches hingewiesen. Es wurden folgende Richtlinien einstimmig angenommen:

1. Zurückziehung der Reichswehr aus dem Vogtlande auf Verlangen der Arbeiterorganisationen.
2. Unter der Reichswehr und den Arbeitern Aufklärungsarbeit im Sinne des sozialistischen Klassenkampfes zu leisten.
3. Auflösung der Reichswehr und Bewaffnung der Arbeiterschaft unter Kontrolle der Arbeiterorganisationen.
4. Die Arbeiter ganz Mitteldeutschlands aufzurufen und mit Hilfe der Betriebsräte den Generalstreik über ganz Deutschland zur Durchsetzung dieser Ziele zu proklamieren.

Die Aktion gegen Hölz.

Die Besetzung des Vogtlandes durch die Reichswehr schreitet vorwärts, anscheinend ohne daß von den Anhängern des Hölz Widerstand geleistet wird. Klingenthal, Falkenstein und, wie behauptet wird, auch Plauen, sind bereits besetzt. Hölz ist bisher entkommen, aber die Grenze ist so stark mit tschecho-slowakischen Truppen besetzt, daß er kaum nach Böhmen hineingelangen dürfte. Unser Plauener Parteiblatt wendet sich dagegen, daß man zur Niederwerfung der 200 bis 300 Hölz-Anhänger ein so starkes Truppenaufgebot benutzt, und erklärt: „Die sozialistische Arbeiterschaft des Vogtlandes ist bereit, etwaigen Gelüsten reaktionärer militärischer Machthaber entgegenzutreten. Sie muß die Taten eines Hölz entschieden zurückweisen, sie wird aber auch den Kapp-Militaristen gegenüber, sollten diese den günstigen Augenblick für sich für gekommen erachten, zum äußersten bereit sein. Das mögen sich die Verantwortlichen auch in dieser Stunde nochmals gesagt sein lassen."

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219200415-18/fragment/page=0002

Abrechnung mit den Kapp-Putschisten.

Rede des Genossen Braß in der Nationalversammlung.

In der Nationalversammlung erhielt am Mittwoch Genosse Braß das Wort zu der letzten Erklärung des Reichskanzlers. Die mehr als zweieinhalbstündige Rede des Genossen Braß gestaltete sich zu einer gewaltigen Abrechnung mit der Regierungspolitik, insbesondere aber mit dem konterrevolutionären Militär. An der Hand von zahlreichen Dokumenten wies Genosse Braß nach, daß nicht nur der Kapp-Putsch von langer Hand her vorbereitet war und nach ganz eingehend festgestellten Plänen unternommen wurde, sondern daß die Regierung sich auch in ihrer Politik während des letzten ganzen Jahres von den Spitzelberichten der Reichswehr hat leiten lassen, die darauf zugeschnitten waren, die Regierung zu einer systematischen Verfolgung der Arbeiter und der oppositionellen Parteien zu treiben.

Die durchschlagende Wirkung der Rede des Genossen Braß wird am besten dadurch illustriert, daß gleich zwei Minister hintereinander das Podium besteigen, um Braß zu widerlegen. Der Reichsminister Giesberts versucht, eine längere Polemik gegen Braß zu führen, in der er allerdings den wesentlichen Teil der Angaben Braß' bestätigen muß und daß Giesberts die Reichswehr anders einschätzt wie die Unabhängige Partei, ist selbstverständlich und um das mitzuteilen, hätte er sich nicht erst zum Worte melden brauchen. Von Bedeutung an der Ministerrede war lediglich die Versicherung, daß das Ruhrgebiet nicht eher geräumt werde, bis sämtliche Waffen abgeliefert sind.

Nach Giesberts nahm der Reichswehrminister Geßler das Wort, beklagte sich darüber, daß Braß sein Material nicht der Regierung gegeben, sondern im Plenum der Nationalversammlung verwendet habe und suchte dann die durchschlagenden Argumente des Genossen Braß dadurch hinfällig zu machen, daß er mitteilte, Braß habe sich interviewen lassen von einem französischen Journalisten und sei auch bei der Rheinlands-Kommission gewesen und habe dort Angaben über das Einrücken der Reichswehr in das Ruhrgebiet gemacht. Geßler besorgte mit dieser Art Polemik in glänzender Weise die Geschäfte der Kapp-Putschisten. Das forcierte Pfui-Gebrüll der ganzen Rechte zeigte, wie sie erleichtert aufatmet, daß einer der wuchtigsten Angreifer der Gegenrevolution durch diese ministerielle Taktik scheinbar lahmgelegt ist. Die Freude wird nicht von langer Dauer sein; Genosse Braß wird auf die Angriffe des neuen Wehrministers zu antworten wissen.

*

Verhandlungsbericht.

Präsident Fehrenbach teilt mit, daß der deutsche Bevollmächtigte gegen das Verhalten der Interalliierten Kommission in Oberschlesien Einspruch erhoben hat, weil den deutschen Abgeordneten die Abreise verweigert wurde. Die alliierte Kommission hat erklärt, daß sie von ihrem Standpunkte nicht abgehen könne. Es wird daher Beschwerde beim Obersten Rat in Paris eingelegt werden.

Die politische Aussprache.

Die Besprechung der Regierungserklärung über die Vorgänge im Ruhrgebiet wird darauf fortgesetzt.

Abgeordneter Braß (Unabh. Soz.):

Der Reichskanzler ist am Montag gegen den französischen Militarismus zu Felde gezogen, hat aber dabei vergessen, daß im eigenen Lande der Militarismus nicht, wie er erklärte, niedergebrochen ist, sondern nach wie vor seine Macht ausübt. Dieser deutsche Militarismus ist ja von der Koalitionsregierung im letzten Jahr gut genährt worden. (Sehr wahr! bei den Unabh.) Wenn der Reichskanzler überhaupt in der Lage war, für die jetzige Regierung eine Erklärung abzugeben, so verdankt er das der organisierten Arbeiterschaft des Ruhrreviers. Hunderte und aberhunderte der Besten haben ihr Leben gelassen im Kampfe gegen die Reaktion. Ich habe mit Bedauern in den Ausführungen des Ministers ein Wort des Dankes für diese Helden vermißt. (Große Unruhe bei der Mehrheit.) Im Namen des deutschen Proletariats spreche ich an dieser Stelle den im Kampf Gefallenen unseren heißen Dank aus. (Beifall bei den U.-Soz.) Im Interesse der geschichtlichen Wahrheit muß festgestellt werden, daß die Kämpfe im Industriegebiet durch die militärische Erhebung der Monarchisten entstanden sind, und es ist ein aufgelegter Schwindel derselben Kreise, wenn jetzt von ihnen behauptet wird, daß seitens der Drahtzieher von links ein Putsch vorbereitet worden sei. Die bürgerliche Presse, an der Spitze wie immer die Kölnische Zeitung, verbreitet eine Schauernachricht nach der anderen, um eine Pogromstimmung zu erzeugen. Die Berliner Volkszeitung hat durch die Veröffentlichung des Professors Kern nachgewiesen, daß diese

Parole gegen den Bolschewismus

auch von den Vertretern der früheren Regierung verbreitet worden ist. Die Putschisten waren sich klar darüber, daß ohne den Besitz der Kohle ihre Regierung unhaltbar war. Die arbeitende Bevölkerung hat ihren Anschlag auf das Industriegebiet zunichte gemacht; in Wahrheit haben die Arbeiter und Angestellten des Kohlenreviers die Kappregierung gestürzt und die jetzige Regierung gerettet. Jetzt befindet sich das Kohlengebiet in den Händen der politisch mißbrauchten Truppen, deren Führer die Träger der Reaktion sind. Mögen Kapp oder andere die Führer sein, dieser Zustand ist unerträglich. (Zustimmung bei den U.-Soz.) Und wir stehen nach den Erfahrungen mit der Reichswehr auf dem Standpunkt: wenn schon ein militärischer Schutz der Bergwerke nicht zu vermeiden ist, dann ziehen wir die Anwesenheit von Truppen der alliierten Regierungen der Anwesenheit der Reichswehr vor. (Beifall bei den U.-Soz.). — Große Unruhe bei der Mehrheit.) Denn es handelt sich nicht um eine Angelegenheit Deutschlands, sondern der ganzen Menschheit. Mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln mögen auch die Sozialisten der anderen Länder dafür wirken, daß die Arbeiter des Industriegebietes und mit ihnen Kohle und Eisen des europäischen Gesamtbesitzes vor Kapp und der Reichswehr gerettet werden. (Anhaltende Unruhe.) Aber die Regierung scheint sich nicht darüber klar zu sein, daß die Putschisten ihre Sache keineswegs verloren geben, und sie begeht den alten Fehler, das Militär mit der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung zu betrauen. Dieses kann wie bisher die Arbeiterschaft niederhalten und einen neuen Putsch vorbereiten.

Der Märzputsch war von langer Hand vorbereitet.

Auch hierüber geben die Erklärungen von Professor Kern interessante Aufschlüsse. Noske hat gut gearbeitet, und wenn es zutrifft, was Kern sagt, daß Noske in den Tagen des Putsches geäußert hat, er sei von den Offizieren hintergangen worden, zum zweitenmal stürze die Marine Deutschland ins Unglück, am liebsten würde er sich erschießen, so könnte man wenigstens feststellen, daß Noske endlich begriffen hat, wie er von den Offizieren hinters Licht geführt worden ist. Mit Hilfe der vorigen Regierung wurden im Osten die Landwirte bewaffnet, weil sie sagten, sie fürchteten sich vor einem Kommunistenputsch; in Wahrheit wollten sie Waffen in die Hand bekommen, um gegen das Proletariat vorzugehen. Bei ihnen hatte man auch die Ehrhardtsche Marinebrigade zu stehen. Ebenso waren im Ruhrgebiet schon die drei Korps Schulz, Lichtschlag und Lützow zur Verfügung gestellt. Die angeblichen lange vorbereiteten Pläne der Kommunisten haben dagegen niemals bestanden. Von Münster aus wurden ganz besonders im westlichen Industriegebiet Agenten in sehr großer Zahl unterhalten, die sich zumeist aus Offizierskreisen zusammensetzten, (Hört, hört!) die sich in die Kommunistische Partei aufnehmen ließen (Hört, hört!) und dort zu wahnsinnigen Putschen aufgerufen haben. (Bewegung.) Als am 13. März der Putsch in Essen bekannt wurde, hat die ganze Aktion planmäßig eingesetzt. Anderthalb Stunden nach dem Einlaufen der ersten Nachrichten von Kapp versammelte Lützow seine Truppen zu einer Parade und hißte die schwarzweißrote Fahne. (Hört, hört! links.) Am 14. besetzte er in Remscheid bereits das Volkshaus mit 40 Mann und wollte uns Unabhängige verhaften, konnte uns aber nicht finden. Es folgte dann im Westen die Bekanntmachung des Generals v. Watter. Wenn sich die Regierung diesen Erlaß gründlich angesehen hätte, hätte sie zu der Erkenntnis kommen müssen, daß sie etwas anderes bedeute, als sich auf den Boden der Verfassung zu stellen, sondern daß Watter sich alle Möglichkeiten offenhielt. Man war sich im Westen überall einig, daß diese zweifelhafte Stellungnahme erst die Situation im Industriegebiet geschaffen hat, und Minister Giesberts hat sich davon selbst überzeugen können. Aber man wagte nichts gegen Watter zu unternehmen, weil man fürchtete, das Offizierkorps könnte sich hinter ihn stellen und die Reichswehr im Industriegebiet auseinanderfallen. Watter hat dann den Befehl zur Besetzung des Ruhrgebietes durch Lichtschlag gegeben, das ist nicht mehr wegzutuschen. Severing hat gegen diesen Einmarsch öffentlich protestiert und die Verantwortung abgelehnt; das ist das berühmte Zusammenarbeiten mit dem Reichskommissar im Ruhrgebiet. Und als der Vormarsch nicht aufzuhalten war, kamen am 15. und 16. die Zusammenstöße mit der Arbeiterschaft, in denen das

Korps Lichtschlag entwaffnet und aufgerieben

wurde. Dieses Korps hat also erst den Arbeitern die Waffen in die Hand gegeben. Den Beweis, daß die Arbeiterschaft vorher bewaffnet gewesen ist, werden Sie (nach rechts) niemals erbringen. Im Wuppertal wurden die Truppen gleichfalls zurückgedrängt und die Arbeiterschaft nahm dann am 15. März den Kampf gegen das Korps Lützow auf. Dieser rief die Freiwilligen und die Einwohnerwehren auf, die alsbald zwei Arbeiter ermordeten. (Hört, hört!) Da war die ruhige Arbeiterschaft geradezu zum Kampf gezwungen und die Erregung der Bevölkerung steigerte sich ungeheuer. Daß bei einzelnen der Gedanke an die Rätediktatur auftauchte, ist selbstverständlich bei dem Druck, der auf der Arbeiterschaft lastete. Erst als die Sache der Militaristen verloren war, wurde die Gefahr des Bolschewismus von ihnen in den Vordergrund gerückt. Aber es soll ihnen nicht gelingen, die hinterlassenen Spuren zu verwischen.

Um die gründliche Vorbereitung des Putsches zu beweisen, verliest der Redner den Bericht eines Leutnants Herwig über die Vorgänge vor, während und nach dem Putsche und zahlreiches anderes Material. An demselben Tage, wo Watter das Vertrauensvotum von Ebert und Bauer bekam, erließ er einen Befehl, wonach die Lage in Berlin und im Reiche ungeklärt sei, und er sich darauf beschränke, „Ruhe und Ordnung“ aufrechtzuerhalten; für die Verfassung tat er nichts. Selbst am 18. noch verpflichtete er sich nur, die „Ruhe und Ordnung“ aufrechtzuerhalten. Die

Verbindung zwischen den Baltikumern und der Reichswehr

geht ebenfalls aus den Dokumenten hervor. Lützow ist zum Beispiel am 8. März in Berlin gewesen, um den Putsch vorzubereiten. Aus einem Briefe geht hervor, daß Watter gleichfalls vollständig im Bilde war. Lützow, der Empfänger dieses Briefes, wandte sich daraufhin direkt an Watter und schrieb ihm: **„Die Aktion wird bis spätestens 15. d. M. vor sich gehen. Mein Korps ist dazu unbedingt in Berlin erforderlich. Sein Abtransport aus dem Rheinlande muß deshalb sofort von Ihnen befohlen werden, ohne vorher in Fühlung zu treten mit dem Reichswehrministerium, da sonst zuviel Zeit verloren geht und die Genehmigung sehr fraglich ist.“** Das zeigt, aus welchen Motiven die schwankende Haltung Watters entsprang. Das sechste Wehrkreiskommando hat seine Haltung erst geändert, als sich herausstellte, daß die ganze Aktion verloren war. Dann wurde die Parole gegen den Bolschewismus ausgegeben. Ein großer Teil der Arbeiter hat die Waffen nach dem Bielefelder Abkommen nicht abgegeben, weil sie fürchteten, durch die Verhandlungen sollten sie bloß hingehalten werden, damit die Reichswehr Zeit gewinne. Trotzdem muß festgestellt werden, daß der Zentralrat und die Vollzugsräte sich dem Abkommen gefügt haben. Aber die Regierung hat die Ausführung ihres Ultimatums einem General v. Watter übertragen! Und sein Ultimatum hatte nur den Zweck, daß es die Arbeiterschaft nicht annehmen konnte, damit man gegen diese vorgehen konnte. (Lebhafter Beifall links.) Die Regierung hat das ja selbst eingesehen; da sollte sie doch endlich auch sehen, daß Watter unmöglich ist. So bemächtigte sich der Bevölkerung eine Panikstimmung und die Verhältnisse wurden immer schärfer durch die Schuld des Militärs. Wir wissen ja, wie dieses solche Abkommen behandelt, die die Regierung schließt. In der Nacht vom 1. zum 2. April wurden auf der ganzen Front die kämpfenden Arbeiter zurückgezogen. Aber

die Reichswehrtruppen brachen das Abkommen,

folgten ihnen nach und verwickelten die sich zurückziehenden Arbeiter in Kampfhandlungen. Am 1. April noch hat die Reichswehr nach dem einwandfreien Zeugnis ihrer eigenen Führer den Vormarsch fortgesetzt und dadurch das Bielefelder Abkommen gebrochen. Es ist eine schamlose Lüge, daß an der Hammer Front die Arbeiter weitergekämpft hätten. Nur die Reichswehr hat den Kampf immer wieder entfacht. Dafür haben wir eine Fülle von Material. **Die Behauptung der Reichskanzlei, daß die verantwortlichen Führer meiner Partei den Einmarsch der Reichswehr ins Ruhrgebiet verlangt hätten, ist durchaus unwahr.** (Hört, hört! bei den U. S.) Wir wollten selbst Ruhe und Ordnung aufrechterhalten. (Rufe rechts: Auf Ihre Art, mit Plündern und Räubern!) Noch am 10. April haben General Haas und andere Reichswehrführer erklärt, für sie existiere das Bielefelder Abkommen nicht. In Münster hat uns Herr Severing erklärt, er könne nicht dafür garantieren, daß die Reichswehr sich streng an die Verfügungen der Regierung halten werde. So kam es, wie es kommen mußte. Unlautere Elemente bemächtigten sich der Arbeiterschaft, weil die verantwortlichen Führer das von der Reichswehr im Bunde mit den Reaktionären und den christlichen Gewerkschaften geschaffene Chaos nicht verhindern konnten. Die Unwahrhaftigkeit der Behauptung von einem bolschewistischen Putsch ergibt sich aus den politischen Dokumenten, die man im Nachlaß von Lützow gefunden hat. Die Angehörigen des Korps Lichtschlag sind systematisch von ihren Offizieren getäuscht und gegen die Regierung aufgehetzt worden.

Ein elendes Spitzelsystem

hat der Regierung das Material zu den verlogenen Berichten über angebliche kommunistische Putschpläne geliefert. Es ist eine Schande, daß ein derartig verbrecherisches Gesindel die Regierung der deutschen Republik beeinflussen konnte. (Sehr wahr! bei den U. S.) **Der Führer des Korps Lichtschlag hat seine Agenten beauftragt, unter allen Umständen den Unabhängigen Abg. Ludwig festzusetzen.** Derselbe Lichtschlag aber mit seinen verlogenen Berichten führt heute noch in Münster Reichswehrtruppen gegen das Proletariat. (Hört, hört! bei den U. S.) Ich fordere die Regierung auf, den Ersten Staatsanwalt in Werden darüber zu vernehmen, **wer in Werden das Zuchthaus geöffnet und die Zuchthäusler in Werden zum Kampf gegen die Arbeiter bewaffnet hat.** (Hört, hört! bei den U. S.) **Die Zuchthäusler sind von den grünen Polizeitruppen bewaffnet worden mit dem Bemerken, sie müßten gegen die Spartakisten kämpfen!** Die Ausschreitungen der Reichswehr sind keineswegs einzelne Fälle, wie der Reichskanzler meint. Der Abg. Most bestreitet die Greuel. Mir allein sind bisher 80 Fälle von Reichswehrgreueltaten bekannt geworden. (Hört, hört!) In dem Telegramm meines Parteigenossen Ernst aus Hagen hat gestanden, daß er zuverlässige Reichswehr haben möchte. Das war am 27. Am 31. hat Ernst mit Severing vereinbart, daß die Reichswehr nicht einmarschieren solle, weil man inzwischen den unzuverlässigen Geist der Reichswehr kennengelernt hatte. Auch Genosse Dr. Stern bestreitet mit aller Entschiedenheit, daß er telephonisch den Einmarsch verlangt habe. Auch die Bekanntmachung Severings und Watters hat die Beruhigung nicht bringen können, denn die Regierung hatte nicht die Macht, die Bevölkerung vor ihren eigenen Truppen zu schützen. Die Arbeiterschaft war vielmehr gezwungen, sich zu den Engländern ins besetzte Gebiet zu flüchten. Die Verfassung liegt in ihren letzten Zügen; einige Jahre noch, und sie existiert nicht mehr. Es ist nicht wahr, daß südlich der Ruhr eine Rote Armee steht. (Zuruf rechts: Das wissen Sie ja gar nicht!) Der Wiedereinmarsch der Reichswehr wäre eine Katastrophe, die nicht auf das Ruhrrevier beschränkt bliebe. (Große Unruhe. — Rufe rechts: Das ist eine Drohung!) In Jüterbog sucht ein Hauptmann Damm durch Inserate 50 bis 60 Landarbeiter, bewaffnet die sich Meldenden und schickt sie auf die Güter im Osten. Nach dem Leipziger Tageblatt macht

Ehrhardt jetzt noch Abschiedsbesuche im Reichswehrministerium.

Die Technische Nothilfe ist eins der wichtigsten Kampfmittel der Putschisten. (Lachen rechts.) Im Kampfe gegen die Reaktion kann sich die Regierung letzten Endes nur auf die organisierte Arbeiterschaft stützen. In den nächsten Tagen und Wochen können wir mit einem neuen Militärputsch rechnen. (Unruhe. — Widerspruch rechts.) Von einer Nebenregierung ist keine Rede, aber die 8 Punkte muß die Regierung unbedingt durchführen, wenn sie nicht den letzten Rest des Vertrauens bei der Arbeiterschaft und im Auslande verlieren will. Ich begrüße es, daß das Ausland sich jetzt bei uns an Ort und Stelle orientiert über das Vorhandensein einer Militärkamarilla. Abg. Schultz (Dn.): Unglaublich!) Treibt die Regierung das alte Gewaltregiment weiter, so wird sie dasselbe Geschick ereilen, wie die alte. (Beifall bei den U. S.)

Der Redner erhält vom Vizepräsidenten Haußmann nachträglich einen Ordnungsruf für die Aeußerung: „Wer behauptet, daß sich südlich der Ruhr noch Teile der Roten Armee befinden, macht sich einer wissentlichen Unwahrheit schuldig“, da diese sich auf Mitglieder des Hauses beziehen kann. (Lachen bei den U. S.)

Reichspostminister Giesberts: Bei der Konferenz in Bielefeld kam es mir in allererster Linie darauf an, eine unblutige Wiederherstellung der Ordnung im Ruhrgebiete zu erreichen. Die Ausschreitungen der Reichswehr mißbillige ich ebensosehr wie die der Roten Armee. Gegenwärtig herrscht in weiten Kreisen der Bevölkerung im Ruhrgebiet eine wahre Panikstimmung, weil man befürchtet, daß die Reichswehr zurückgezogen werden könnte. (?) Der Einmarsch wäre überflüssig gewesen, wenn die roten Führer an der Front das Abkommen eingehalten hätten. Die Reichswehr dagegen hat es gehalten. (Zuruf des Abg. Braß: Nein!) Wenn die Ortswehren nach den Bielefelder Vorschlägen eingeführt werden, könnte die Bevölkerung beruhigt sein. Die falsche Information Frankreichs soll durch Deputationen von Ruhrbergleuten erfolgt sein, die behauptet hätten, der Einmarsch sei nicht notwendig. Wie kommen wir nun aus dem unerträglichen Zustande heraus? Durch die Bielefelder Verhandlungen wollte ich den Boden für eine friedliche Verständigung schaffen. Ohne sie wäre es zu viel blutigeren Kämpfen gekommen. Die ganze Aktion im Ruhrgebiet macht doch den Eindruck einer bestimmt vorbereiteten Aktion. (Sehr richtig!) Unser aller Ziel muß die Erhaltung des Reiches sein. (Beifall.)

Reichswehrminister Dr. Geßler: Die Atmosphäre des Mißtrauens muß verschwinden. General von Watter hat uns erklärt, er habe alles getan, um den Abmarsch der unzuverlässigen Korps nach Berlin zu verhindern. Die Reichswehr muß wieder in Ordnung kommen. Dringend reformbedürftig sind ihr Nachrichten- und Aufklärungsdienst. Da treiben sich immer noch Elemente herum, von denen ich eine Gefährdung der öffentlichen Moral befürchte. Wir können die Truppen erst aus dem Ruhrrevier zurückziehen, wenn alle Waffen abgegeben sind. Herr Braß hat der Rheinlandkommission erklärt, es ständen nicht 18 000, sondern 80 000 Reichswehrtruppen in der neutralen Zone. (Große Aufregung rechts.) Die Oberpräsidenten müssen Zivilcourage haben. Gegen Ehrhardt ist ein Haftbefehl erlassen. Die Reichswehr wird die Scharte, die ein kleiner Teil (?) von Angehörigen ihr zugefügt, wieder auswetzen.

Nach einer unbedeutenden Rede des Abg. Schwarzer. (Bayer. Vp.) wendet sich

Abg. Kahl (D. Vp.) gegen den Justizminister Blunck. Er könne auf Ehre und Gewissen versichern, daß seine Partei von dem Putschplan nichts gewußt habe. Der Justizminister habe gesprochen wie ein Winkeladvokat.

Justizminister Blunck: Die Königsberger Allgemeine Zeitung druckte den Aufruf ab, in welchem es mit fetter Ueberschrift heißt: Die Deutsche Volkspartei erklärt sich für die neue Regierung. Sie haben den verbrecherischen Wahnsinn der Kappisten nicht bekämpft und tragen mit die Verantwortung für diesen Hochverrat. (Große Unruhe.) Von der Affäre Braß habe ich erst durch die Rede des Reichsministers Kenntnis bekommen. Hochverrat kommt nicht in Frage, nur Landesverratsverdacht. Die Verräter sollen bestraft werden.

Abg. Quarck (Soz.): Die Einwohner des Rheingaues haben die Reichswehr nicht nötig gehabt. Sie werden die französische Besatzung ertragen müssen.

Abg. Braß (U. S.): Eine Rücksprache zwischen mir und der Hohen Rheinlandkommission hat am 7. April, nachmittags, stattgefunden. Es wurde davon gesprochen, was mit den vielen Flüchtlingen geschehen solle, die in das besetzte Gebiet übertreten. Wie wir hörten, sollen sie interniert werden.

Damit schließt die Besprechung. Der Notetat wird dem Haushaltsausschuß überwiesen.

Ein Fußtritt für Heine.

Herr Wolfgang Heine, der als preußischer Minister des Innern den „seligen“ Puttkamer noch zu überputtkamern versuchte, und der als deutschnationaler Sozialdemokrat neben Gustav Noske und August Winnig zu den Zierden der Regierungssozialisten gehörte, ist bekanntlich ebenfalls ein Opfer des Kapp-Putsches geworden. Das Ende seiner Ministerherrlichkeit dürfte nun wohl auch das Ende seiner parlamentarischen Tätigkeit bedeuten. Nicht einmal die zahmen Peusse in Anhalt wollen ihn wieder als Reichstagsabgeordneten haben. In Anhalt-Dessau hatte er 1912 Unterschlupf gefunden, als die Genossen des dritten Berliner Reichstagswahlkreises sich weigerten, den Mann wieder aufzustellen, der seit dem Dresdener Parteitag der Führer des opportunistischen Flügels in der Sozialdemokratie war. Acht Jahre lang hat das durch Peus und Heine völlig verseuchte sozialpatriotische Anhalt dem „Mephisto“ der deutschen Sozialdemokratie willig Gefolgschaft geleistet. Ja, sogar Präsident des Staatsrates von Anhalt wurde Heine nach der Novemberrevolution. Seine herrlichen „Erfolge“ als preußischer Innenminister haben aber endlich auch die geduldigen Peus-Leute in Harnisch gebracht. Sie haben ihn bei der Kandidatenaufstellung zum Reichstag abgesägt und an seiner Statt den Vorwärtsredakteur Erich Kuttner, der sogar schon oppositionelle Anwandlungen gehabt hat, zum Kandidaten aufgestellt. Wir gehen wohl nicht fehl, wenn wir als wahren Grund für diese Entscheidung die Angst der Peus-Leute bezeichnen, daß ihnen mit Heine die Felle bei den Wahlen völlig wegschwimmen würden.

Notizen.

Die Wahlen zum neuen Reichstage sollen, der Sozialistischen Korrespondenz zufolge, voraussichtlich am 13. Juni stattfinden.

Zeitungserwerb durch einen Industriekonzern. München, 14. April. Die München-Augsburger Abendzeitung soll, wie die Münchener Post von unterrichteter Seite erfahren haben will, für den Preis von 3,2 Millionen Mark in den Besitz eines industriellen Konzerns mit dem Sitz in Berlin übergegangen sein.

Der planmäßige Ankauf von Zeitungen durch die Schwerindustriellen verdient ernsthafte Beachtung. Die Herrschaften wissen die Macht der Presse wohl zu schätzen und ihren reaktionären Zwecken dienstbar zu machen. Bei den kommenden Reichstagswahlen können wir uns auf einen wüsten Lügen- und Verleumdungsfeldzug gegen die Unabhängige Sozialdemokratie gefaßt machen. Die Arbeiter begegnen ihm schon heute am wirksamsten, wenn sie der Presse der Unabhängigen Sozialdemokratie unabhängig neue Leser werben!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219200415-18/fragment/page=0003

Versammlungsanzeiger U. S. P. D. Halle und Saalkreis.

Sekretariat: Harz 42—44, Zimmer 23—24. Wochentags geöffnet von 9-1 und 4-7 Uhr.

Fernsprecher 1473.

Mitglieder-Versammlungen.

Nietleben.
Freitag, den 16. April, abends 8 Uhr, in der Sonne.

Könnern.
Sonnabend, den 17. April, abends 7½ Uhr, im Bürgergarten.

Trebitz bei Könnern.
Sonnabend, den 17. April, abends 8 Uhr, im Gasthaus in Trebitz.

Oppin.
Sonnabend, den 17. April, abds. 7½ Uhr, im Gasthaus Freiheit—Oppin.

Osmünde und Umgegend.
Sonntag, den 18. April, nachm. 3 Uhr, im Gasthaus Kolisch—Osmünde.

Es wird gebeten, in allen Versammlungen die Mitgliedsbücher mitzubringen.
Bei der hohen Wichtigkeit der Fragen, die in allen Versammlungen erledigt werden sollen, ist das Erscheinen aller Mitglieder dringend geboten.

Oeffentliche Versammlungen.

Halle (Viertel Schlachtviehhof).
Freitag, den 16. April, abends 7½ Uhr, im Oststädter Gesellschaftshaus.

Großkugel.
Freitag, den 16. April, abends 8 Uhr, im Gasthaus Holdefleiß.

Tagesordnung in beiden Versammlungen:
Der Kampf gegen die Konterrevolution.
Redner: Die Genossen Scholem u. Kraußer.
373 Der Vorstand.

Hühneraugen
Hornhaut, Ballen und Warzen *1
beseitigt man schnell, sicher und schmerzlos mit
Kukirol. In vielen tausend Fällen glänzend bewährt. Kukirol ist in Apotheken und Drogerien zum Preise von Mk. 1.00 erhältlich. Lassen Sie sich nichts anderes aufreden, es gibt nichts Besseres.

Amtliche Bekanntmachungen.

Halle.

Fleischverkauf.

Die Verbrauchsmenge an Fleisch wird in dieser Woche auf 100 Gramm je Kopf (Kinder unter 6 Jahren die Hälfte) festgesetzt. Es wird je zur Hälfte Rindergefrierfleisch und frisches Fleisch ausgegeben. Der Verkauf erfolgt am Sonnabend, den 17. April, durch die Fleischer, bei denen die Haushalte zur Kundenliste angemeldet sind, gegen Abtrennung der Fleischmarken für die Woche vom 12. bis 18. April. Die Marken sind in üblicher Weise bis 19. April an das Stadternährungsamt abzuliefern. Der Durchschnittsverkaufspreis beträgt für 100 Gramm 1,60 Mk.

Verkauf von Schmalz.

Der Verkauf von Schmalz findet am Sonnabend, den 17. April, statt. Es werden 100 Gramm je Kopf ausgegeben. Der Verkauf erfolgt bei den Fleischern Ackermann und bei den im Alphabet folgenden Fleischern bis Kirkam gegen Abgabe der Marke 19 der Einfuhrzuteilungskarte (Schmalz). Die Marken sind bis 19. April an das Stadternährungsamt abzugeben. Der Kleinhandelsverkaufspreis beträgt für 100 Gramm 3 Mark. An die bei den Fleischern Klingner bis Hörner angemeldeten Haushalte werden in dieser Woche 50 Gramm Wurst je Kopf verabfolgt.

Wurstverkauf.

In der laufenden Woche wird bei den im Alphabet folgenden Fleischern Klingner bis Hörner für jede Person eines Haushaltes 50 Gramm Wurst verabfolgt. Der Verkauf erfolgt am Sonnabend, den 17. d. M. Die Abgabe hat unter Abtrennung der Marken 1 A und 1 B der Reichsfleischkarten für die Woche vom 12. bis 18. d. M. zu erfolgen. Die abgetrennten Marken sind bis 19. d. M. an das Stadternährungsamt abzuliefern. Der Verkaufspreis beträgt 50 Pf. für 50 Gramm. An die bei den Fleischern Ackermann bis Kirkam angemeldeten Haushalte werden in dieser Woche an Stelle der Wurst 100 Gramm Schmalz je Kopf verabfolgt.

Städtischer Verkauf von Käse

in der Talamtschule am Freitag, den 16. April. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 68 501—72 500 vormittags von 8—12 und nachmittags von 2—6 Uhr. Für jede Person eines Haushaltes werden 70 Gramm zum Preise von 60 Pf. abgegeben. Der Lebensmittelschein ist vorzulegen. Abgezähltes Geld ist bereitzuhalten.

Städtischer Verkauf von Milchsülzspeise

in der Talamtschule am Donnerstag, den 16. April. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 68 501—73 500 vormittags von 8—12 Uhr, und die Inhaber der Nummern 73 501—78 500, nachmittags von 2—6 Uhr. Für jede Person eines Haushaltes werden 2 Pakete Milchsülzspeise zum Preise von 55 Pf. für das Paket, abgegeben. Der Lebensmittelschein ist vorzulegen. Abgezähltes Geld ist bereitzuhalten.

Städtischer Verkauf von Malzextrakt an Kinder bis zu 6 Jahren

in der Talamtschule am Freitag, den 16. April 1920. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 68 501—73 500 vormittags von 8—12 Uhr, und die Inhaber der Nummern 73 501—78 500, nachmittags von 2—6 Uhr. Gegen Vorlage des Lebensmittelscheines kann für jedes Kind bis zu 6 Jahren eine Büchse Malzextrakt zum Preise von 2,60 Mk. abgegeben werden. Abgezähltes Geld ist bereitzuhalten.

1. Der Geschäftsführer Herr Heinrich Rauß, Harz 42-44, ist als Schiedsmann für den 26. Bezirk und 2. der Zigarrenhändler Herr Hermann Spengler, Geiststr. 5, ist als Schiedsmannsstellvertreter für den 25. Bezirk auf eine dreijährige, am 1. April 1920 begonnene Amtsdauer gewählt und bestätigt worden.

Vereinigte Lichtspiele.

Ab Freitag

Orpheum, Steinweg 12.
Die Juwelenmarder von San Franzisko.
Aus dem Tagebuch des berühmten Detektiv Nic Carter.
5 Akte. 5 Akte.
Die Prinzessin v. Montecucull
Reizendes Lustspiel in 3 Akten m. Wanda Treumann.

Prinzess, Schmeerstrasse 5.
Treue.
Sensations-Gesellschafts-Drama in 5 Akten. In den Hauptrollen: Eva Speyer. C. Beckersachs.
Lottes Liebesdoktor.
Reizendes Lustspiel in 3 Akten mit Lotte Dewis.

Volks-Lichtspiele, Geiststrasse 5.
Die Tochter des Mehemed.
Grosses indisches Drama mit Ellen Richter.
Durch ein Luftschiff gerettet.
Original-Wildwest-Drama in 3 Akten.

Germania, Triftstrasse 22.
Das Schicksal zeigte den Weg.
Ergreifendes Drama in 4 Akten mit Grete Lundt.
Fräulein Taugenichts.
Lustspiel in 3 Akten.
Charly in Carmen.
371 Trickfilm.

Ab Freitag

Volkspark, Burgstr. 27.
Morgen, Freitag, den 16. April, im kleinen Saal: 358
Großer öffentlicher Ball.

---

3 Könige, Kl. Klausstr. 7, Nähe des Marktes.
Neues glänzendes Programm.
Neue Possen: Im Banne der Pflicht.
Das Kind der Firma. 370

Achtung! Achtung!
Sonnabend, den 17. April 1920, im Gr. Saal des „Volksparkes":
BALL
der Unterstützungskasse des Werkstattpersonals der Städtischen Straßenbahn.
Hierzu ladet freundlichst ein 348
Der Vorstand.

Sportklub 1909.
Sonnabend, den 17. April, im Paradies:
:: Kränzchen ::
Hierzu ladet ergebenst ein 368
Anfang 6 Uhr. Der Vorstand.

Brothanschenke Beesen.
Sonnabend, den 17. April:
Bunter Abend des Halloria-Quartetts. 347
Es ladet frdl. ein Der Besitzer.

Ansichts-Postkarten
empfiehlt Die Volks-Buchhandlung.

Bitterfeld.

Die Milchversorgung der kleinen Kinder in Bitterfeld ist gefährdet.

In den letzten Tagen ist es vorgekommen, daß fast die ganze von der Molkerei Mühlbeck an die Stadt Bitterfeld gelieferte Vollmilch in angesäuertem Zustande ausgegeben werden mußte. Dies ist darauf zurückzuführen, daß zum großen Teil die Milch in keinem einwandfreien Zustande an die Molkerei geliefert wird; wie die Untersuchungsergebnisse zeigen, ist die Milch sogar teilweise verfälscht, d. h. entrahmt oder verwässert, abgeliefert worden. Zum Teil ist der Uebelstand auch darauf zurückzuführen, daß die Milchkannen nicht genügend gereinigt, sondern in schmutzigem Zustande benutzt werden. Außerdem ist die Menge der abgelieferten Milch durchaus unzureichend.

Die Milchlieferer scheinen sich nicht bewußt zu sein, daß sie bei ihrem Verhalten Leben und Gesundheit der kleinsten Stadtkinder auf das Schwerste gefährden. Wir werden deshalb nicht vor den schärfsten Mitteln zurückschreiben, um den Uebelständen abzuhelfen. In erster Linie werden wir die Ergebnisse der Milchuntersuchungen regelmäßig solange veröffentlichen, bis eine Besserung in der Güte der abgelieferten Milch zu verzeichnen ist. Ferner werden wir bis auf weiteres Beauftragte aus den Verbraucherkreisen zu den Milchannahmestellen entsenden, die zusammen mit einem Fachmann darüber wachen werden, daß die Milch in einwandfreier Beschaffenheit und in sauberen Kannen angeliefert wird.

Milchlieferer, die trotzdem ihren Verpflichtungen auf Lieferung von einwandfreier Milch in sauberen Kannen und in angemessener Menge nicht nachkommen, werden von dem Strafrichter zur Rechenschaft gezogen werden. Daneben werden geeignete weitere Maßnahmen, z. B. Enteignung von Vieh zu Schlachtzwecken, Entziehung der Brotselbstversorgung usw. durchgeführt werden.

Wir erwarten, daß es nur dieses Hinweises bedarf, um die zuwiderhandelnden Viehhalter zu ihren Pflichten gegenüber der Allgemeinheit, und zu den Bitterfelder Stadtkindern im Besonderen zurückzuführen.

Das im Vorstehenden Gesagte trifft überdies auch auf eine Anzahl Viehhalter, die an andere Molkereien abliefern, zu. Auch gegen diese werden wir in geeigneter Weise vorgehen.

Bitterfeld, den 13. April 1920.
Der Kreisausschuß. Der Arbeiterrat.
Lamsche. Grieche.

Für den Standesamtsbezirk Greppin ist der Gemeindesekretär Erich Riebert daselbst zum 3. Stellvertreter des Standesbeamten bestellt worden.

Merseburg, den 27. März 1920.
Der Regierungspräsident. J. V.: Boltze.

Konsumverein für Ammendorf und Umg.
e. G. m. b. H.
Freitag, den 23. April 1920, abends 7 Uhr, im Saale des Gasthofes „Zum goldenen Adler" in Ammendorf:
Ordentl. Generalversammlung.
Tagesordnung:
1. Halbjahresbericht.
2. Erhöhung des Geschäftsanteils.
3. Verschiedenes.
347
Der Aufsichtsrat. J. A.: Karl Haring.
Eintritt nur gegen Vorzeigung der Mitgliedskarte.

Eilenburg.
Sozialdem. Wahlverein U. S. P.
Infolge des am Freitag stattfindenden Theaterabends findet die
Versammlung der U. S. P.
am Sonnabend, 17. April, abends 7½ Uhr, in der Quelle statt.
Zahlreiches Erscheinen erwartet
*144 Der Vorstand.

Konsumverein f. Lieskau u. Umg.
E. G. m. b. H.
Sonnabend, den 24. April, abends 7½ Uhr, im Tenner'schen Lokal:
:: Generalversammlung ::
Tagesordnung:
1. Halbjahrsbericht. 2. Verschiedenes.
Der Aufsichtsrat. *143
Otto Müller, Vorsitzender.

Zirkus Das große Zirkus-Programm.
Täglich: **Gadbin** der Herr des Todes.
Täglich: **Puppchen** das Operettenpferd.
Täglich: **Nero-Pluto** die beiden dressierten Zuchtbullen.
GEBR. BLUMENFELD A.-G. MAGDEBURG
Beginn abends pünktlich 7 Uhr.

Geschäfts-Uebernahme
Den geehrten Anwohnern der Seebener Straße und Umgegend teile ich hierdurch mit, daß ich mit dem heutigen Tage das
Damen- u. Herren-Frisier-Geschäft
des Herrn H. Wittig, Seebener Str. 58a, käuflich erworben habe und bitte um gütigen Zuspruch.
Aufmerksame, flotte Bedienung sichere ich zu. 361
Paul Rabe,
Damen- und Herren-Friseur.

Kragen, neu, Preis 1 Mark.
Unübertroffenes Präparat z. Reinigen und Auffrischen von Dauerwäsche.
Ferner empfehle:
Abwaschbare Dauerwäsche Kragen, Manschetten u. Vorhemden in weiß und bunt, mit und ohne Leineneinlage.
Extrastarke Kragen neu eingetroffen.
Reparaturen und Auffrischen schnellstens. 48
C. Klappenbach, Gr. Ulrichstr. 41.

Mode-Zeitungen
empfiehlt die
Volksbuchhandlung, Halle a. S., Harz 42/44.

Walhalla-Operett.-Theater.
Anfang ½8 Uhr: Letzte 5 Tage:
Eva.
Dienstag: Premiere!
Eine Nacht in Venedig
Meisteroperette d. Walzerkönigs Johann Strauß.
Kasse 10-1½ u. 4-6½.

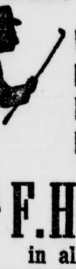
Stadttheater.
Freitag, den 16. April, Anfang ½, Ende 10½ Uhr:
Der Wildschütz.
Sonnabend: Konzert Missa solemnis von Beethoven. 362

Thalia-Theater.
Gastspiele des Stadttheater-Personals.
Sonntag, den 18. April, 363 abends 7½ Uhr:
Herrschaftl. Diener gesucht.

Alle Sorten
Felle, Häute, Tierhaare und Wolle
kaufen zu Höchstpreisen
Gebr. Danglowitz,
Fischerplan 2. Tel. 1178

Billig! Billig!
367 Verkauf von
Zigarren und Zigaretten.
Kein Laden!
Gr. Wallstr. 16, I links.
Billig! Billig!

Jetzt ist es Zeit, Salzgemüse zu kaufen!



Weißkohl	Pfd. 10 Pf.
Rotkohl	„ 25 „
Möhren	„ 25 „
Bohnen	„ 78 „

F. H. Krause
in allen Filialen. 198

Den wirklich echten
Nordhäuser Kautabak
bekommen Sie stets täglich frisch eintreffend in
Zigarrenversandhaus Emil Friedrich,
Friesenstrasse 22. 369

Apollo-Theater
Nur noch heute u. morgen abends 7½ Uhr: Die 365
Kleine Hoheit.
Sonnabend zum 1. Male:
Ehrenehend für Fritz Schulz „Das Glücksmädel"
Vaudeville v. Schwartz.
Vorverk. 9—1 u. 5—6.

Futterrüben
in großen und kleinen Posten verkauft laufend
Paul Otto,
Königstraße 71. 340
Seit 1. April Tel. 6897.

Felle,
a. Sort. Roßhaar, Wolle, Häute kauft zu höchsten Preisen
A. Weise,
Pelz- u. Fellhandlung, Rannischestr. 1. Tel. 1667, Händler erb. hohe Preise.

Eine gute Uhr
mit Garantie 346
eine schöne Kette,
Ring, Brosche, Armband usw.

Verlobungs-Ringe
in Silber, Dublee, Gold 333, 585, 750, 900,
alle Größ. u. Breit. vorrät.
H. Schindler, Kl. Ulrichstraße 85.

Zu kaufen gesucht:
Klassiker, gute Romane, und größere Werke :: von Wert ::
Offert. unt. V H 659 an die Exped. d. Blattes. 351

Gardinen,
Hemdentuch, Barchent, Bettuchleinen, 364
Blusen, Kostümröcke, Kleiderstoffe,
Kinder-Hemden u. -Kleider, Schürz., Strümpfe, Korsetts,
Feder-Rüschen,
Emaille- und Aluminium-Koch-Töpfe,
Bett-Federn
gegen bar od. erleichterte Zahlungsweise.
Friedrich Gronau,
Barfüßerstr. 16.

Anzugstoffe!!
— Gelegenheitskauf —
billig zu verkaufen
Alter Markt 4, II. rechts
Eingang Kutschgasse. 366

---

1 guterh. Bettstelle m. M., sow. 1 Kinderbett m. M. preisw. z. verkaufen. 349
Hutteastr. 5 p. II l.

Die Genossin.

Die Anrede „Genossin" ist ein hoher Ehrentitel für die Proletarierin, denn es bringt zum Ausdruck, daß sie aus den Scharen der Unaufgeklärten, der Gleichgültigen und Lauen heraus Aufnahme gefunden hat in den Reihen der Kämpferinnen für die Erlösung der Menschheit durch den Sozialismus. Eine vornehmere, ja eine heiligere Aufgabe gibt es nicht. Es sind viele Frauen liebevolle Gattinnen, pflichttreue Mütter, und doch ist ihr Leben nicht so reich im Geben und Nehmen vor Glück, wie es sein könnte, weil sie ganz im Alltag mit seinen hundert ermüdenden Anforderungen aufgehen und über die vier Pfähle ihres Heims hinaus keine Interessen haben, die sie mit dem mächtig pulsierenden Leben draußen verbinden. Oder aber tief eingewurzelte Vorstellungen von Welt und Menschen — die Resultate einer engherzigen Erziehung in geistig armer Umwelt — beherrschen sie und machen sie anscheinend unzugänglich für die neuen, großen Ideen, von denen die Umgestaltung der heutigen überlebten Gesellschaft ausgehen soll.

Wie sieht es in einer Ehe aus, in der eine solche Frau die Lebensgefährtin eines sozialistischen Kämpfers ist? Er geht in den Zahlabend, in die Mitgliederversammlungen, um sich an der Mitarbeit für die Partei zu beteiligen. Er besucht auch wohl Kurse, um seine Kenntnisse in den für den Sozialisten besonders wichtigen Wissensgebieten zu erweitern und zu vertiefen. Er erfährt in großen Volksversammlungen, in mächtigen Protestkundgebungen das wundersame Erlebnis, wie sein ganzes Wesen von der wie eine unbemmbare Naturgewalt hervorbrechenden politischen Leidenschaft der Massen mitergriffen wird, wie alle eins werden in der opfermutigen Hingabe für den Sieg der sozialistischen Idee. Dies alles erfüllt ihn, ohne daß seine Lebensgefährtin auch nur mit einem Gedanken teil hat an dem, was das Innenleben ihres Mannes so stark bewegt. Denn — sie ist keine Genossin. Grollend und schmollend sitzt sie zu Hause, wenn der Mann fortgeht, um seinen Pflichten als Parteigenosse zu genügen. Das Lesen der Parteizeitung macht ihr keine Freude. Denn einmal ist ihr Geschmack verdorben durch die Lektüre der bürgerlichen Zeitungen mit ihrem seichten, verdummend wirkenden Lesefutter, dann fehlen ihr aber auch wegen ihrer Armut an politischen Begriffen fast alle Vorbedingungen zum Verständnis der immer eigene geistige Arbeit voraussetzenden Darbietungen der sozialistischen Zeitungen. Gewiß, auch die Ueberlastung mit Mutterschaft, häuslicher und Erwerbsarbeit erschwert es selbst der geistig geweckten und gutwilligen Proletarierin ungemein, Genossin zu sein. Aber die rückständigsten und unzugänglichsten sind stets die Nur-Hausmütter. Und das ist gewöhnlich die Schuld ihrer Männer.

Man muß es einmal ruhig aussprechen: Wir alle, die wir an der sozialistischen Schulung der Masse arbeiten, kennen eine Menge nicht nur von stillen, sondern von tätigen, ja sogar führenden Genossen, die ihre Frauen niemals in die Versammlungen mitbringen, sie nicht der Frauenorganisation ihres Bezirks zuführen, die bürgerlichen Schandblätter in ihrem Hause dulden, Presseerzeugnisse, die ihnen nicht nur — um ein Wort Lassalles zu gebrauchen — „täglich und stündlich den geistigen Tod aus tausend Röhren kredenzen", die die revolutionären Ideale der klassenbewußten Arbeiterschaft obendrein noch beschimpfen und verhöhnen. Oft legen diese Männer, die unter ihresgleichen so beredt für den Sozialismus zu werben verstehen, gar keinen Wert darauf, das politische Verständnis der ihnen Nächststehenden zu wecken; oft fehlt es ihnen aber auch an der rechten Art, der uninteressierten und unwissenden Frau klarzumachen, wie die kapitalistische Gesellschaft mit ihren sozialen Ungerechtigkeiten und Vorurteilen, ihrer Ausbeutung der Vielen durch die Wenigen, die Frau der Arbeiterklasse noch härter trifft als den Mann; wie nur die Neuorganisation der Gesellschaft und der Arbeit auf der Grundlage der sozialistischen, der brüderlichen Produktionsweise der Frau die Befreiung von allen drückenden Fesseln, von den Konflikten, die sie heute früh alt und stumpf machen, bringen wird.

Andere Männer wieder sind damit zufrieden, daß die Frau ihrer politischen Betätigung wohlwollende Duldung entgegenbringt, statt vollen Verständnisses und begeisterter Teilnahme. Ach, diese Toren ahnen nicht, wieviel reicher, glücklicher und schöner ihr Zusammenleben sein würde, wenn außer der persönlichen Neigung noch ein höheres, dauernderes die Gatten verbindet, die Harmonie der geistigen Interessen! Sie gehört für den feinorganisierten Menschen zu den unerläßlichen Grundlagen einer glücklichen Ehe. Viele Ehen sind schon an Gleichgültigkeit zugrunde gegangen, wenn in späteren Jahren kein geistiges Band die Eheleute zusammenhielt.

Zu offenen Konflikten, zu Streit und Haber kommt es aber in Proletarierehen nur zu oft, wenn an den Mann zum Beispiel die Notwendigkeit herantritt, im Streik Forderungen seiner Klasse — seien es wirtschaftliche oder politische — durchzusetzen, und die Frau in krassem Familienegoismus nicht dulden will, daß dem Interesse der größeren Gemeinschaft persönliche Opfer gebracht werden. Dann wird es klar, daß die unaufgeklärte, die reaktionäre Frau die intimste Feindin des Mannes ist. Dann hört ihre Rückständigkeit aber auch auf, eine Familienangelegenheit zu sein, sie kann entscheidend werden für den Ausgang einer wirtschaftlichen oder politischen Aktion, wenn viele Frauen in solchen Situationen die Probe nicht bestehen, vielmehr ihren Männern das Leben schwer machen, bis sie mürbe werden und mit schlechtem Gewissen ihre gute Sache verlorengeben. So mancher Mann ist auf diese Weise schon zum Streikbrecher geworden, so mancher Streik verlorengegangen.

Die Revolution hat der Frauenwelt als eine der wirklich wenigen Errungenschaften das Stimmrecht zu allen gesetzgebenden Körperschaften gebracht und den Proletarierinnen damit die Pflicht auferlegt, es richtig, das heißt im wohlverstandenen Interesse ihrer Klasse zu gebrauchen. Ihre große Rückständigkeit hat sich abermals bei den Wahlen zur Nationalversammlung gezeigt. Bei den für das Zentrum abgegebenen Stimmen entfielen auf 100 Männerstimmen 169 Frauenstimmen, bei den für die Demokraten abgegebenen auf 100 Männerstimmen 122 Frauenstimmen und bei den für die Sozialdemokratie abgegebenen Stimmen auf 100 Männerstimmen nur 88 Frauenstimmen. Die Demokratin Frau Elly Heuß-Knapp stellte vor einiger Zeit mit Genugtuung fest, daß die Stimmabgabe der Frauen das Entstehen einer absoluten sozialistischen Mehrheit in der Nationalversammlung verhindert habe. Es geht also nicht weiter an, daß weite Kreise der Proletarier völlig sinnlos in den Frauen nur die Schmutzkonkurrentin auf dem Arbeitsmarkt oder Kindergebärmaschinen und Haushaltsversorgerinnen sehen, — das Interesse ihrer Klasse gebietet, daß sie die Frauen bei jeder Gelegenheit politisch aufklären, vor allem aber sie in den Bereich der Ideen neu entstandenen Frauenarbeitsausschüsse der U. S. P. D. bringen, von denen die sozialistische Propaganda unter den Proletarierinnen systematisch betrieben wird. Aber nicht mit Ungeduld und Befehlshabergebärde, werte Genossen, werdet ihr das erreichen, sondern am besten nach dem Dichterwort: „Kommt den Frauen zart entgegen, ihr gewinnt sie, auf mein Wort!" — Ist das Uebermaß der häuslichen Pflichten schuld daran, daß die Frau nichts für ihre geistige Entwicklung tun kann, so möge der Mann ihr nach Kräften etwas davon abnehmen und zunächst einmal seine durch uralte Tradition geheiligten Ansprüche auf persönliche Bedienung durch die Frau etwas herabschrauben. Die zur besten Kameradin, zur Genossin gewordene Frau wird — wenn er sonst die rechte Wahl getroffen — fortan nicht mehr nur neben ihm dahinleben, sondern in gleicher Begeisterung seine Ideale teilen, es wird weniger Mißstimmungen zwischen den Gatten geben, die gegenseitige Achtung wird steigen, die Frau wird nicht mehr im Alltag verkümmern oder das Kino ausschließlich als trauriges Surrogat für geistige Anregungen benutzen. Die Erziehung der Kinder ist bei der Genossin in guten Händen. Frühe schon werden beide Eltern die Saat des Sozialismus in die jungen Seelen senken; treue Mutterhände werden sie hegen und pflegen, auch wenn der Tod den Gatten und Vater vorzeitig abberuft.

Beiseitig und nicht immer leicht sind die Aufgaben der Genossin, aber köstlich der Gewinn: das erhebende Bewußtsein, Hand in Hand mit dem liebsten Menschen ihren Teil beigetragen zu haben zur Heraufführung einer glücklichen Zukunft kommender Geschlechter. Ehre der Genossin!

Der Parteitag der belgischen Arbeiterpartei.

Wie auf allen sozialistischen Tagungen, die in den Ostertagen stattfanden, spielte auch auf dem Kongreß der belgischen Arbeiterpartei die Frage der Internationale eine große Rolle. Sie wurde an Wichtigkeit nur noch von der Debatte über die Beteiligung an der Regierung übertroffen. Führer der Opposition war Jos. Jacquemotte. Die Resolution, die er mit Massart und Boesman dem Parteitag unterbreitete, lautete folgendermaßen:

„In Anbetracht, daß die notwendige Umwandlung der Gesellschaft sich für das Proletariat nur unter der Bedingung der Aufrechterhaltung des Kampfes gegen den Kapitalismus auf der Grundlage des Klassenkampfes vollziehen kann; in Anbetracht, daß die Zusammenarbeit der Vertreter der Arbeiterklasse mit den Vertretern der Bourgeoisie sowohl auf parlamentarischem wie auf wirtschaftlichem Gebiete die revolutionäre Aktion des Proletariats schwächt oder zu vernichten droht; in Anbetracht, daß jedes Programm der Verbindung mit der Bourgeoisie das Resultat hat, dieser die Aufrechterhaltung und Erweiterung ihrer Klassenherrschaft und die Ausbeutung des Proletariats zu gestatten; in Anbetracht, daß die von der Bourgeoisie übernommenen Verpflichtungen, die die Partei bestimmt haben, am 30. November die Beteiligung am Ministerium anzunehmen, nicht gehalten worden sind, beschließt der Kongreß, jede Zusammenarbeit der Klassen abzulehnen und die Beteiligung am Ministerium aufzugeben. Er richtet an das belgische Proletariat den Appell, daß es seine politischen und wirtschaftlichen Organisationen verstärke, um sich in Uebereinstimmung mit den Proletariern der ganzen Welt auf die volle Eroberung der Macht durch die Arbeiter vorzubereiten, als dem einzigen Mittel, um die Menschheit für die Gegenwart und die Zukunft zu retten."

In seiner Rede erklärte Jacquemotte, daß der Militarismus in Belgien stärker denn je sei. Die erste Arbeit der Bourgeoisie nach dem Kriege sei die Herstellung einer Karone gewesen, die 240 Kilometer weit trage. Er kritisierte kurz die Steuergesetzgebung. Die Wiederherstellung des Landes befriedige nur die Bourgeoisie, nicht die Arbeiter; die Gehälter seien gering und entsprächen nicht den Lebenskosten. Die Gier der Kapitalisten auf hohe Gewinne sei ungeheuer groß. Gegen die Verteuerung des Lebensunterhalts gehe man nicht mit genügender Energie vor. Die Arbeiterklasse müsse Vertrauen zu dem Kampf um die Eroberung der Macht haben. Das Ziel der belgischen Arbeiter sei das gleiche wie das der russischen und das der deutschen Unabhängigen und Kommunisten. Der letzte Kongreß habe sich für die Mitarbeit an der Regierung ausgesprochen, um einen bestimmten Zweck zu erreichen; jetzt wolle man weiter auf diesem Wege gehen; das dürfe das belgische Proletariat nicht zulassen.

Dem Einwurf, daß die Arbeiterschaft noch nicht bereit sei, begegnete Jacquemotte mit dem Hinweis darauf, daß die Bourgeoisie nicht widerstehen könne, außerdem sei der Kampf der gegenwärtigen Situation, wo die Menschen langsam ohne Hoffnung sterben, vorzuziehen.

Vandervelde verteidigte die Tatsache, daß Anleihen aufgenommen wurden. Man brauche sie, um die sozialen Reformen zu bezahlen, die Hunderte von Millionen verschlängen. Und er vertief sich auf Lenin, der sich nicht scheue, fremden Kapitalisten Wälder, Eisenbahnen und Bergwerke als Konzessionen zu geben, um Anleihen zu erhalten. Der Bourgeoisie werde nichts lieber sein, wenn der Kongreß die Zurückziehung der Sozialisten aus der Regierung beschließt. Man würde auf der Börse und in den Bureaus der Finanzleute illuminieren. Vandervelde wiederholte die verschiedenen Bedingungen des Eintritts in die Regierung: Das Vereinsrecht der Staatsbeamten, es sei erreicht. Die Beamten hätten vor einiger Zeit gestreikt und seien nicht bestraft worden. Die Arbeiterpensionen; das Gesetz sei allerdings erst in den letzten Tagen der Kammer vorgelegt worden, und da man sich in der Kommission nicht einigen konnte, wurde es wieder zurückgezogen. Der Achtstundentag; dazu war der Beschluß des Washingtoner Kongresses nötig, und der Ministerrat hat einstimmig den

Sag mir, wie du vom Weibe denkst.

Von A. Dodel.

Der wahre Wert der Bildung eines Mannes — sei er Arbeiter, sei er Bauer, sei er Gelehrter oder sei er Laie — kann am besten daran erkannt werden, wie der Mann von dem Weibe denkt.

Sage mir, wie du vom Weibe denkst (ich meine dabei das weibliche Geschlecht im Gegensatz zum männlichen Geschlecht unserer menschlichen Gesellschaft), und ich weiß, wer du bist: ob ein Mann und Mensch im besten Sinne des Wortes oder ein Barbar, eine masktierte Bestie, ein Schelm oder aber ein Ehrlicher nach dem Sinne der Gerechtigkeit.

Es gibt Philosophen und Männer von großem Wissen, die in Anlehnung des Weibes böse Buben genannt werden dürften; und es gibt Bauern und arme Proletarier, die in Anlehnung des Weibes die Attribute der Gerechtigkeit und der erhabensten Weisheit verdienen.

Es gibt Hunderttausende von Männern aus allerlei Ständen und Volksklassen, welche das Weib verachten, es mißhandeln, verhöhnen und unterdrücken: Wir können jene Hunderttausende nicht als ganze Menschen gelten lassen, dort hat die Menschwerdung erst noch zu beginnen.

Sie mögen einmal das Folgende bedenken:

Deine Mutter ist ein Weib — ein Weib gab dir das Dasein. Wer das Weib verachtet, der hat seiner Mutter vergessen.

Du hast Schwestern — sie gingen aus demselben Mutterschoß hervor wie du. Wer das Weib verachtet, der verleugnet seine Bruderliebe.

Du hast eine Frau — einst wurde sie von dir angebetet; vielleicht tust du das heute nicht mehr: aber diese deine Frau ist die Mutter deiner Kinder, in welchen du dein Leben in die fernste Zukunft hinein, in die Ewigkeit fortsetzest.

Du hast Söhne und Töchter, die du als braver Mann in deine Seele geschlossen ohne Ansehung des Geschlechtes: denn sie sind dir die einzigen Bürgen deiner Unsterblichkeit, weil sie dein Wesen hinaustragen in die unabsehbare Reihe neuer Generationen der Zukunft.

Das Weib ist deine Mutter.
Das Weib ist deine Schwester.
Das Weib ist deine Frau.
Das Weib ist die Mutter deiner Söhne und deiner Töchter.

Denkst du niedrig vom Weib, so steckst du trotz gleißender äußerer Bildung im Schlamm der Barbarei, — tiefer noch: im Schlamm der Tierheit —, das ist keine Frage!

Nun wirst du verstehen:

Wer das Weib verachtet — er verdient nicht den Namen „Mensch".
Wer das Weib unterdrückt — er verdient nicht den Namen „Sohn", nicht den Namen „Bruder", nicht den Namen „Vater".
Wer das Weib mißhandelt — er ist der Elendste, den die Sonne sieht.

Wer das Weib in Sklaverei hält, der wandelt im Schatten der Ungerechtigkeit und hat sein Recht verwirkt, für sich selbst — Gerechtigkeit zu beanspruchen.

Geistiger Hungertod.

Man hat das Buch des Menschen bestem Freund genannt. Von diesem Freunde müssen, schreibt die Wiener Arbeiter-Zeitung, wir nun Abschied nehmen. Er ist uns zur Kostspielig geworden, der Verkehr mit ihm geht über unsere Mittel. Aber was bedeutet dieser schmerzliche Verzicht? Man muß sich die Kulturfolgen der Tatsache, daß die Teuerung aller Lebensbedürfnisse auch die Bücher ergriffen hat, einmal in aller Klarheit vor Augen führen. In der Geschichte des Aufstiegs der Massen zu höherer und hoher Gesittung, in ihrem geistigen Befreiungskampf spielt die Verbilligung der Bücher während der vier dem Kriege vorangehenden Jahrzehnte eine nicht nicht genug gewürdigte Rolle. Reclam hatte den Durchbruch gemacht, er selbst führte noch mit den Helios-Klassikern spottwohlfeile Ausgaben der Großen und Größten deutscher und fremder Dichtung in jedes Haus ein. Auch die Kunst geschmackvoller, schöner Herausgabe war zu dem reichgewordenen deutschen Volke zurückgekehrt. Die roten Lederbände der „Insel" konnten dem verwöhntesten Geschmack genügen, und auch diesem verwöhntesten Geschmack durfte noch der besergestellte Proletarier huldigen, denn ein Inselband kostete nicht mehr als 3 Mark oder 3,60 Kronen. Bloß die lebenden und jüngst verstorbenen Schriftsteller blieben von diesem Segen der Volkstümlichkeit ausgeschlossen. Doch was bedeuten die alten Verlegerpreise gegen die wahnwitzige Verteuerung, die in tollem Wirbel jetzt alle Bücher erfaßt hat! Es gibt kein wohlfeiles Buch mehr, das ärmlichste Heft spottet der Preise der einstigen Prachtausgaben. Das Reclam-Büchel, der geistige Befreier von einir: die Materialpreise und die kapitalistischen Verlegerkünste haben es glücklich auf 1 Mark emporgewirbelt, das heißt aber für uns: fünf Kronen dank unserem noch ärgeren Währungsverfall und dem 30prozentigen Zuschlag, den der deutsch-österreichische Buchhandel als Sonderkreuzer erhebt. Das dünne Heftchen, das den „Prinzen von Homburg" enthält, kostet heute in Wien um 2 Kronen mehr als vor dem Kriege der Band, der Kleists sämtliche Dramen und Novellen umfaßte. Gehen wir zu den Gesamtausgaben über, so gelangen wir zu Preisen, vor denen einem buchstäblich das Hören und Sehen vergeht. Der einst so wohlfeile Hesse ist heute zu Schieberpreisen aufgestiegen. Sein Börne, sein Byron, sein Hebbel kosten je 120, sein Wagner 200, sein „großer" Schiller 400, sein „großer" Goethe 630 Kronen. Ein Goethe, der 630 Kronen kostet — und selbst die kleine Ausgabe von acht Bänden ist bei 360 Kronen angelangt —, hat sein Volk verloren. Dem deutschen Volke soll der größte seiner Söhne, ohne den wir Deutschen nicht Deutsche wären, ein Fremder werden! Darf es dann noch wundern, daß Dichter, die noch nicht „frei" sind, mit völliger Phantasiepreisen uns angeboten werden? Freytags Werke kosten 800, Raabes und Dahns Werke je 900 Kronen. Aber sehen wir uns doch in unserer eigenen Parteiliteratur um. Wie könnte man sein, ohne Marx Kapital zu Hause zu haben? Das wird fortan ein Luxus werden, den sich kaum noch ein junger Genosse leisten kann, denn das Kapital kostet 65 Mark, das sind 325 Kronen, der erste Band allein in der Volksausgabe 120 Kronen, die vier Bände Theorien über den Mehrwert 200 Kronen. Für Bebels Autobiographie Aus meinem Leben muß man 115 Kronen, für seine Frau und der Sozialismus 70 Kronen, für den literarischen Nachlaß von Marx, Engels und Lassalle 180 Kronen, für Mehrings Geschichte der deutschen Sozialdemokratie 200 Kronen erlegen. Von der kleinen Bibliothek kommt jedes Bändchen auf 1250 Kronen und das Vierteljahrsabonnement der Neuen Zeit auf mehr als 30 Kronen zu stehen. Wir werden Bettler und Hungerleider auch im Geistigen.

Die Platzhalterin.

Das folgende kleine nachdenkliche Geschichtchen aus dem Leben entnehmen wir der L. V. N. F. schreibt da:

Es war in einer Meßvorstellung, in der besten Gegend des Zuschauerraumes, Balkon.

Der erste Akt ist vorbei. Sitzt da in der vordersten Reihe ein junges Mädchen, einfach gekleidet, auffallend einfach neben den gold- und brillantengeschmückten Honoratorendamen Leipzigs.

Plötzlich erscheint ein älterer Herr, von links her. Begrüßung mit den Damen. Das junge Mädchen zuckt zusammen, erhebt sich wortlos, niemand beachtet sie, sie geht nach rechts ab, verläßt den Raum, verläßt das Theater. Der ältere Herr nimmt ihren Platz ein. Der zweite Akt beginnt.

Ich wurde rot. Ja, zum Teufel, warum wurde ich rot? Wurde der ältere Herr etwa rot? Er dachte gar nicht daran.

Uebrigens entfernte er sich vor dem vierten Akte wieder, nach herzlicher Verabschiedung, und der Platz blieb leer.

Was war geschehen?

•

Ein Kollege von Kara Iki sah schnell in die jüngste Vergangenheit und konnte noch folgendes wahrnehmen:

Der ältere Herr (zu Hause): „Fräulein, Sie können heute in die Oper gehen. Ich habe noch 'ne Sitzung. Vielleicht komme ich nach. Dann verschwinden Sie eben, nicht wahr?"

Fräulein: „Gewiß, gnädiger Herr. Vielen Dank, gnädiger Herr!"

•

Ein Prolete, der die Szene im Theater mitansah, empörte sich:

„So 'n dummes Luder!"
„Wer?"
„Na, das Mächen!"
„Sollte sie etwa sitzen bleiben?"
„Na, dann hätte er wenigstens 'was zu ihr sagen müssen. Statt daß er mit, als wäre sie Luft."
„Am besten, sie wäre gar nicht hingegangen!"
„Klar!"

•

Solange es noch Dienstboten gibt ... Aber einstweilen sind es nicht die Dienstboten, sondern nur die ersten Diener des Staates, die im gegebenen Moment so viel Stolz aufbringen, um zu sagen: „Macht euren Dreck alleene!"

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219200415-18/fragment/page=0005

Vorschlag von Washington angenommen. — In drei Monaten habe die Regierung alle Programmpunkte vom 30. November in Gesetzesform gebracht; jetzt sei die Reihe am Parlament. Man habe nicht auf den Klassenkampf verzichtet. „Der Ministerrat ist ein provisorisches Komitee, in dem wir die Interessen der Arbeiter verteidigen." Vandervelde sprach von den ungeheuren Schwierigkeiten des Sieges. Um den Kampf glücklich beenden zu können, müsse die Partei einig bleiben.

In der übrigen Debatte werden wesentlich neue Gesichtspunkte nicht vorgebracht. Der Kongreß beschloß mit 1314 Stimmen gegen 330, die für die Tagesordnung von Jacquemotte abgegeben wurden, die Bestätigung der Tagesordnung von Antwerpen. Seit dem 30. November, wo das Stimmenverhältnis 1415 gegen 146 und 15 Enthaltungen war, hat also die Opposition um 174 Stimmen zugenommen.

In der Debatte über die Internationale machte Huysmans bemerkenswerte Ausführungen, auf die wir zurückkommen, wenn uns der vollständige Bericht vorliegt.

Aus der Provinz.

Einladung zum Bezirksparteitag.

Auf Beschluß des erweiterten Bezirksvorstandes berufen wir für **Sonnabend, den 17. und Sonntag, den 18. April nach Halle den**

Bezirkstag

ein. Beginn am Sonnabend, den 17. April, abends **7 Uhr** im Volkspark.

Tagesordnung;

1. **Bericht der Bezirksleitung.**
2. **Die Anträge der Bezirksleitung.**
3. **Die politische Lage.** Referent Genosse Wilhelm Koenen, Berlin.
4. **Die bevorstehende Reichstagswahl.**
5. **Die Bezirksorganisation.**
6. **Geschäftliches.**

Berechtigt zur Teilnahme am Bezirkstag sind die gewählten Delegierten, die Kreisvorsitzenden, je ein Mitglied der Preßkommissionen und Redaktionen, der im Bezirk erscheinenden Parteiblätter, die im Bezirk angestellten Sekretäre und das jeweilige Mitglied des Parteibeirates. Außerdem die Verleger und die Abgeordneten des Bezirks, sowie der engere Bezirksvorstand.

Wir bitten um pünktliches Erscheinen. Diejenigen Genossen und Genossinnen, welche von uns **Nachtquartier** zugewiesen wünschen, wollen dies sofort an das Bezirkssekretariat (U. S. P.), Halle a. d. S., Harz 42/44, 3. Etage, Zimmer 36, melden. **Die Bezirksleitung.**

An die Gewerkschaftskartelle des Bezirks.

Werte Genossen! Am Sonntag, den 16. Mai, vormittags **9 Uhr** findet im Volkspark zu Halle die diesjährige

Kartell-Konferenz

statt. Wir laden hiermit die Kartelle ein und ersuchen dazu Stellung zu nehmen. Die Wahl der Delegierten erfolgt nach § 2 unserer Satzungen. Jedes Kartell muß vertreten sein. Die Tagesordnung, sowie weitere Mitteilungen werden wir den Kartellen mittels Rundschreibens in nächster Zeit zugehen lassen.

Der Bezirksvorstand.
J. A.: Paul Gröbel, Halle, Harz 42/44

Bestien in Menschengestalt.

Die Ermordung des Genossen Winter von der Merseburger Arbeiter-Zeitung.

Ueber die schändliche Mißhandlung und Ermordung des Genossen Ernst Winter, des Geschäftsführers der Merseburger Arbeiter-Zeitung, haben wir bereits in der Nummer 76 vom 30. März berichtet. Vollständig unabhängig von den bisherigen Zeitungsnachrichten ist unseren Genossen in der Nationalversammlung ein ausführlicher Bericht über die Vorgänge in Sömmerda zugegangen, dem wir folgende Tatsachen entnehmen:

Als am 24. März morgens die Stadt Sömmerda von Reichswehrtruppen beschossen wurde, schickte die Streikleitung zwei Genossen, darunter den Tierarzt Neubert, zu den Reichswehrtruppen, um Verhandlungen einzuleiten. Die Truppen erklärten, nur mit Kolbenschlägen verhandeln zu wollen, und verlangten die Abgabe der Waffen binnen 20 Minuten, also in einer Frist, die gar nicht einzuhalten war. Genosse Neubert wurde von den Reichswehrtruppen zurückbehalten, während der andere zurückging und die gestellte Bedingung bekanntgab. Alle bewaffneten Genossen gaben darauf sofort die Waffen ab. Und nun fiel das gesamte bürgerliche Kappgesindel, das bis dahin hinter dem Ofen gehockt hatte, teilweise bewaffnet, über unsere Genossen her. Genosse Neubert wurde von den Reichswehrsöldnern und dem bürgerlichen Pöbel auf's grausamste mißhandelt und schließlich mit hochgehobenen Händen nach dem Marktplatz getrieben. Dort mußte er den Hut abnehmen und die bürgerliche Meute begrüßen, die ihn mit höhnischem Gebrüll empfing und Rufe ausstieß wie diese: „Hurra, jetzt haben wir den Richtigen, Karl Liebknecht den Zweiten, schlagt ihn tot, den Lumpen!" Während dieser Schreckliichkeiten wurden mehr als 200 Verhaftungen vorgenommen; unter den Verhafteten befanden sich alle bekannten und tätigen Genossen, die aus den Wohnungen geholt und auf dem Markte gepriegelt wurden, außerdem viele Frauen, so auch die Gattin des Genossen Neubert, die man in der gemeinsten Weise beschimpfte: „Das ist ja die rote Rosa, haut sie in Stücke!" Nachdem sie alle nach schweren Mißhandlungen mit dicken Knüppeln und Gewehrkolben in den 20 Stufen tiefen Rathauskeller hinuntergeworfen und dort eingesperrt worden waren, wurden sie zu je fünf wieder aus dem Keller die Treppe hochgeprügelt und der Bourgeoispöbel entschied nun auf Grund niederträchtigster Lügen über das Schicksal jedes einzelnen. Die Genossen, die erfundener Verbrechen bezichtigt wurden, warf man wieder in den Keller hinunter und transportierte sie später ab. Genosse Neubert wurde auf Anordnung des Bürgermeisters erneut schwer mißhandelt und durch ein eingesetztes „Volksgericht" zum Tode verurteilt. Hierauf trieb man ihn zur Stadt hinaus, umjohlt von dem reaktionären Mob, prügelte ihn nochmals durch und befahl ihm schließlich, schneller zu laufen: „Hopphopp, lauf, du Hund!", worauf man ihn niederschoß. So wurde es gemacht, damit die bürgerlichen Blätter triumphierend berichten konnten, Neubert sei bei einem Fluchtversuch erschossen worden. Die Leiche wurde am folgenden Tage, in der gemeinsten Weise geschändet, von dem Vater des Unglücklichen aufgefunden. Die Gattin des Ermordeten wurde mit 100 verhafteten Genossen auf einem Lastauto, mit hochgebundenen Händen, nach Erfurt transportiert.

Der Genosse Albert Schuchardt, der seit den Märztagen 1919 illegal unter dem Namen Ernst Winter leben mußte und Geschäftsführer der Merseburger Arbeiter-Zeitung war, kam am Abend desselben 24. März, da sich diese furchtbaren Ereignisse abspielten, ahnungslos zu Fuß nach seinem Heimatsort Sömmerda, wurde sofort verhaftet und ebenfalls in den Keller des Rathauses geworfen. Als der größte Teil der verhafteten Genossen nach Erfurt abtransportiert war, befanden sich bei den noch im Keller befindlichen Genossen einige Mitglieder der Bürgerwehr als Wachposten. Diese stürzten sich auf den Genossen Schuchardt und schlugen ihn mit Gewehrkolben so lange, bis er halbtot zusammenbrach. Der Genosse Hugo Schmidt, der als Gefangener diesen Scheußlichkeiten zusehen mußte, suchte die Peiniger mit der Mahnung zur Menschlichkeit abzuwehren. Daraufhin schlugen die bürgerlichen Mordbuben den Genossen Schmidt nieder und bearbeiteten beide so lange mit den Gewehrkolben, bis sie tot waren. Die Leiche des Genossen Schuchardt wurde dann beraubt, eine Brieftasche mit mindestens 500 Mk. Inhalt, eine Uhr mit Kette und zwei goldene Ringe nahmen die Bestien mit.

Außer diesen Bestialitäten wurden in Sömmerda und Umgegend zahlreiche Genossen, meist Familienväter, erschossen. Andere sind geflüchtet und dürfen noch nicht wagen, zurückzukehren. Das ausführliche Anklagematerial, das unseren Genossen in der Nationalversammlung zur Verfügung gestellt wurde, schließt mit dem eindringlichen Appell, sich für die Sühne der militärischen Verbrechen einzusetzen, unseren auf der Flucht befindlichen Genossen zur Rückkehr in die Heimat zu verhelfen und zur Befreiung der hinter Kerkermauern Schmachtenden beizutragen.

Langenbogen. Verleumder beschuldigten den Genossen Kutschbauch (Halle), der hier am 25. März über die allgemeine Streiklage Bericht erstattete, geplünderte Waren und Treibriemen zum Verkauf angeboten zu haben. Die schamlose Ehrabschneidung erfolgte jedenfalls, weil der Genosse in scharfen Worten die Langenbogener verlappten Sozialistenfresser brandmarkte, hatte man doch in Erfahrung gebracht, daß auch hier eine Liste der 15 besten Genossen angefertigt worden war, die bei Gelingen des Staatsstreiches an die Wand gestellt werden sollten. Ein niederträchtiger Denunziant behelligte sogar in einer anonymen Anzeige die Hallische Polizei mit der vorerwähnten Verleumdung. Es bedarf wohl kaum der Versicherung, daß an der Behauptung der Denunzianten kein wahres Wort ist. Als anonymer Briefschreiber entpuppte sich der Barbier Zimmermann, gegen den bereits Strafantrag gestellt ist.

Merseburg. Die Kraftwagenverbindung zwischen Merseburg und Leipzig wird in den nächsten Tagen als Unternehmen der sächsischen Staatsregierung neu in Gang gebracht werden. Der Fahrpreis stellt sich zwar etwas teurer, 80 Pf. für 1 Kilometer, mithin 8,80 Mk. für die ganze Strecke, doch kommt die neue bessere Verbindung zwischen den beiden Städten zahlreichen Wünschen entgegen. Die Kraftwagenfahrten beginnen und endigen in Merseburg am Bahnhof, in Leipzig am Hauptbahnhof.

Delitzsch. Die Elternbeiräte der beiden hiesigen Volksschulen befaßten sich in einer gemeinsamen Sitzung mit der Schulartzfrage, über deren Lösung eine äußerst anregende und fruchtbare Aussprache geführt wurde. Das Ergebnis der Besprechung wurde in einer Entschließung zusammengefaßt, die den städtischen Körperschaften die hauptamtliche Anstellung eines Schularztes empfiehlt. Sollte diese an den finanziellen Mitteln scheitern, so wird empfohlen, mit allen Mitteln die Behandlung der bei der Untersuchung als krank befundenen Kinder zu fördern.

Mühlberg. Der Elternbeirat, der aus 15 Mitgliedern, darunter 8 von der U. S. P., besteht, unternahm einen entschiedenen Vorstoß gegen die hier bestehende „gehobene Abteilung" an der Volksschule. Durch die beiden „gehobenen" Klassen sind die schönsten Klassenzimmer der Schule während des ganzen Vormittags besetzt, so daß andere Klassen den unfruchtbaren Nachmittagsunterricht nehmen müssen. Da abends in den Räumen noch Fortbildungsunterricht gegeben wird, entsprechen die Schulzimmer in keiner Weise den hygienischen Anforderungen, können sie doch weder gründlich gereinigt noch gelüftet werden. Mit diesen Mißständen befaßte sich der Elternbeirat und beschloß einstimmig, die „gehobenen" Abteilungen zu beseitigen, um die Volksschule den Volksschülern zurückzugeben. Von bürgerlicher Seite wurde anfangs vereinzelt widersprochen, auch der Retter schien kein Freund der Aufhebung zu sein. Es soll versucht werden, durch Angliederung einer 7. Klasse den höheren Lehrstoff einer größeren Anzahl von Volksschülern zugänglich zu machen. Wer eine „gehobene Abteilung" haben will, der sorge für die nötigen Räume und Lehrkräfte, die Volksschule gehört jedenfalls der gesamten Bevölkerung, und es geht nicht an, daß wegen einer Handvoll Kinder, die in der Auswahl ihres Vaters sehr vorsichtig waren, zwei Klassen mit je 70 Volksschülern bedeutenden Schaden im Lernen und in der Erziehung nehmen. Die Religionsstunde ist als fogenannte Exfunde an den Anfang des Unterrichtstages verlegt worden. Eine ganze Reihe kleinerer Mängel wurde aufgezeigt, u. a. muß auch die ärztliche Untersuchung der Schulkinder wieder in Fluß kommen. Der Elternbeirat kann viel nützliche Arbeit leisten, er muß es nur verstehen, die Mängel zu erkennen und sie an die Oeffentlichkeit zu ziehen.

Dommitzsch. Aus dem Stadtparlament. Zu der letzten Sitzung hatte sich der Landrat Dr. Gerecke angesagt, um sein Programm über die Lebensmittelversorgung des Kreises vor den städtischen Körperschaften zu entwickeln. Er sagte zwar zu, daß alle Städte gleichmäßig bedacht werden sollen, wenn aber die Einwohner mit dem auskommen sollten, was durch den Kreis überwiesen wird, wären sie längst verhungert. Von schönen Worten wird die Bevölkerung nicht satt, weshalb die Einwohner eine ausreichende Zuteilung von Lebensmitteln verlangen müssen. In der nächsten Zeit sollen sogar die Kartoffel- und Butterrationen noch gekürzt werden, allerdings keine erhebender Anfang für die Verwirklichung des neuen Programms von Herrn Gerecke. Auf eine Anfrage hin, die sofortige Entwaffnung der Bürgerwehr (Feldgrauenverein) suchte der Landrat die Arbeiterschaft auf einen späteren Zeitpunkt zu vertrösten, bis die Regierung dazu Stellung genommen hätte, während die Arbeiterschaft die unverzügliche Entwaffnung des Feldgrauenvereins fordert. Auf der eigentlichen Tagesordnung standen nur kleinere Angelegenheiten. Erwähnenswert ist, daß die Stadt für Kleinwohnungsbauten eine Anleihe von 70 000 Mk. hat aufnehmen müssen. Die Kreissteuern sind von 40 auf 50 Prozent erhöht worden. In geheimer Sitzung wurde noch beschlossen, den Ratskeller zur baldigen Neuverpachtung öffentlich auszuschreiben.

Herzberg. Eine gutbesuchte öffentliche Versammlung für alle Angestellten wurde vom Zentralverband der Angestellten hier abgehalten. Gauleiter Gutmann (Halle) sprach über die wichtigsten Fragen aus der Angestelltenbewegung. Die Harmonieverbände wie der deutschnationale Handlungsgehilfenverband und andere können als Organisation für die Angestellten gar nicht in Betracht kommen, da diese Verbände vollständig versagt haben, für die Hebung der Lage der Angestellten etwas zu leisten. In der Diskussion wagte ein Vertreter des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbands, der eigens zu diesem Zweck aus Leipzig herbeigeholt worden war, gegen den Zentralverband Attacke zu reiten. Er erhielt aber eine glänzende Abfuhr. Der mit großem Beifall aufgenommene Vortrag und die lebhafte Zustimmung zum Schlußwort bewiesen zur Genüge, daß der Zentralverband als das anerkannt wird, was er ist: Der wahre Vertreter der Angestellteninteressen.

Annaburg. In der letzten Parteiversammlung erstattete der Vorsitzende den Bericht über die in Falkenberg abgehaltene Kreiskonferenz. Die Versammlung erklärte sich mit den von der Kreiskonferenz gefaßten Beschlüssen und der Beitragserhöhung vom 1. Mai an einverstanden. Die vorhandenen Wahlsammellisten wurden dem neugegründeten Gewerkschaftskartell überwiesen. Am Maifeiertag, an dem selbstverständlich die Arbeit

---

25]

Der Sternsteinhof.

Eine Dorfgeschichte von Ludwig Anzengruber.

„No ja. Wer nimmt doch kein' Knecht, der ein'm etwa in vierzehn Tag'n mit'm Sträußel af'm Hut von der Arbeit davongeht."

„Du ließ'st mich zu'n Soldaten?"

„G'wiß."

„Du willst mich nur schrecken. Ich här' ja schon lang' von ein'm Abreden mit'm Käsbiermartel. —"

„Da war noch a andere Abred' dabei, und is hirt die eine mit der andern hinfällig worden."

„Vader, da d'rein schick' ich mich niemal, so unter wildfremde Leut' in ein' anderm Weltteil! Da mach's kürzer, schlag' mich lieber gleich tot."

„Dös werd ich mir überleg'n; kein' Schad' wär wohl nit um dich, aber ich müßt' dich für ein' Guten zahl'n.*)

„Tu' ich mir halt selber was an!"

„Lurifari, dös tun, sag'n's nit, und dö's sag'n tun's nit!"

„No und wann ich auf und davon renn'?!"

„So bringen i' dich halt ein und du kannst in Handschell'n, 'n Schandarm hinter deiner, durch ein paar Ortschaften spazier'n."

„Und just nit gib ich mich! Als'samm verderb' ich euch 's Spiel! Was denn nachher, wann ich mir zufällig ein' Finger von der Hand hack'?!"

„Dös tu'! Dann nehmens s' dich erst recht, stecken dich af a Feitung wohin zu einer Straffumpagnie und da kannst du karren und schaufeln g'nug. Jo, mein Bürschel!"

„Vader, möch'st g'scheiderweis' mit dir reden lassen. Was ich da vor'bracht hab', war ja lauter Unsinn. Wann d' etwa meinst, ich sollt mer doch nochmal all's reiflich überleg'n, so könnt' ja sein, daß ich mich ganz anders b'sinn, nit?"

„Nein, nein, muih' dich nit! Frei h'raus, dir trau ich nimmer. Freilich, um loss'kommen, wär' dir kein Versprechen z'heilig; aber du erspar' dir dos und ich dir d'Reu' hint'nach. Unter den Griff, unter dem ich dich hitzt hab', kriegst ich dich dann kein zweit's Mal wieder und du wärst ganz der Kerl danach, der mich leicht nachher noch einz'schüchtern versuchet, durch's Drohen, daß d' mer z'wegn'm der Befreiung bei G'richt Anstand' machest! Ah, nein. Ehrlich währt am längsten. Ich tu' mein Pflicht, tu du d' deine, dien' deine drei Jahr'ln, 's wird dich nit umbringen."

„Und könnt' dös etwa nit sein?! Vedenk' dös, eh' d' so geg'n dein' eigen Fleisch und Blut handelst!"

*) Einen Nichtsnutzen, den man umbrächte, für einen Guten zahlen müssen, ist sprichwörtlich und besagt, daß das Gesetz da wohl keine Unterscheidung gelten lassen würde.

„Sorg' nit, es is bedacht. Ich handel' da nach bestem Wissen und G'wissen. War dir der Vader z'gering, daß d' ihm g'horcht und folgst, nun, so kriegst hitzt ein andern Herrn; der Kaiser der is mehr, vielleicht macht der dich zu ein'm ord'nlichen Menschen. Ich will's wünschen." Er schlug dem Burschen auf die Achsel. „Halt dich auch brav dazu!"

Dann fiel die Türe hinter dem Alten ins Schloß und Toni blickte verstört um sich. — Darum also hatte der Bauer den Streit nach jener Faschingsnacht nimmer Rede gehabt, weil er es nicht der Mühe wert gehalten, weil alles schon zuvor bei ihm aus- und abgemacht war? Und wie er damals auf seinem letzten Wort bestanden, so wird er's wohl auch diesmal! Da ändert kein's mehr was, und je mehr sich eins dabei vergäb, je weniger richtet' 's!

Der Bursche schlug sich mit der Faust vor die Stirne; dann löste er mählich die Finger und fuhr sich damit durch die Haare. Lange stand er so, trübe vor sich hinstarrend, und hastig durch die geschwellten Nüstern atmend. Plötzlich fuhr er auf, lief zur Stube hinaus, die Treppe hinab, über den Hof und des Weges nach dem Dorfe entlang.

Wohin? Zur Helen'? Ei, Herrgott, um der ihren Jammer anzuhören und sein Teil noch hinzuzutragen? Damit ist doch weder ihm noch ihr geholfen und, wahrlich, 's Elends hat er für heute schon übera'nug. Morgen ist auch ein Tag. Bis dahin mag jedes zusehen, wie es mit dem seinen allein zurechtkommt. Lieber ins Wirtshaus!

Er kam spät in der Nacht heim. Beim Ausziehen schleuderte er einen Stiefel nach dem andern an die Türe, daß es durch das stille Haus dröhnte, dann öffnete er leise und lauschte; ihm war, als hörte er in der Kammer am Ende des Ganges den Alten fluchen, da reckte er den Arm in die Finsternis vor ihm, schüttelte die Faust und schrie: „Schinder!" Hierauf klinkte er zu und fiel auf das Bett.

Am nächsten Morgen entfernte er sich früh. Wieder machte er auf der Brücke Halt und überlegte, ob er der Dirne einen Morgengruß zum Fenster hineinrufen solle? Hm, verweinte Augen sehen so unlustig und welch' Geplärr, — müßte er fürchten, — daß sich erst dann anhöbe, wenn so ein Wort das andere gäb' und er mit allem herausgerückt käm'?! Nein, es steht übel g'nug um sie, was soll sie sich auch noch darüber kränken, wie arg es um ihn stände? Wenigstens hat's Zeit damit; auf das, was mit derselben sich hätt' glücklich schicken können, weil' sie nit warten, aber ein neu' Pack Unheil aufs alte obend'nauf wird sie wohl erwarten können! So denkt er; auch, daß sich der Tag mit den Schwenkdorfer Kameraden angenehmer totschlagen ließe. Er ging zum Dorfe hinaus.

Drei Nächte blieb er fort, in der vierten kam er auf der Zwischenbühler Straße dahergetaumelt, er stolperte an der Brücke vorüber und besann sich erst, als er schon ein gutes Stück von derselben entfernt war. Er begann albern zu lachen und schalt seine Beine liederliche Gesellsgeher, dann ging er die Strecke zurück. Am unteren Ende des Dorfes hatte er nichts zu suchen. Die Dirn', die leidige Dirn' mit ihrer Ungeduldsamkeit ist eigentlich doch an all' seinem Unglücke schuld! An ihr wär's gewesen, gescheiter zu sein, das ist den Weibsleuten ihr' Sach', wenn den Mann der Verstand verläßt, dazu werden sie ja auferzogen und bewacht! Von heut' auf morgen wollte sie das Zusammenkommen erzwingen und nun ist ein Auseinandermüssen daraus geworden auf grimm'ge Zeit und Weil' und alle Weit' und Fern'! Nun haben sie's alle beide! Recht bedacht, ist es nur billig, wo ihm das Fortgehen das Herz abdrücken will, daß ihr das Dableiben Leidwesen macht! Nur recht und billig, weil sie so hat sein können, und das müßt' er ihr ins Gesicht sagen, wenn sie gleich jetzt vor ihm stünd', aber das tät' so unsein und streitig klingen und darum will er ihr lieber gar nit unter die Augen, bis ihm wieder anders um's Gemüt ist und er ihr gute Wort' geben kann, — die ist er ihr wohl schuldig, — aber früher nit, bis ihm anders ums Gemüt ist, bis dahin wird sie warten müssen.

Tonis Gemütszustand schien sich aber nicht zu bessern, denn Helens erwartete den Burschen Tag für Tag vergebens. Erst an dem Abende, wo die Zwischenbühler Buben von der Stellung heimkehrten, sah sie ihn zum ersten Male wieder; er stand, ferne von ihr, mitten in der lärmenden Schar, den Hut mit dem Sträußchen weit aus der Stirne gerückt und schrie als einer der Lautesten. Ein Bursche machte ihn auf die Anwesenheit der Dirne aufmerksam gemacht und zu necken begonnen haben, denn plötzlich klatschte er sich auf das rechte Bein und drehte sich auf dem linken herum und kehrte ihr den Rücken zu.

Früh am Morgen darauf holten die Schwenkdorfer Buben den Toni vom Sternsteinhof ein, um gemeinsam nach der Stadt zu ziehen, wo sie einkasiert werden sollten.

Wenn anders eine ganz unternünftige Anstrengung der Stimmbänder durch Schreien, Jauchzen und Singen auf eine frohe Seelenstimmung schließen läßt, so waren die jungen Leute, welche da den Ort verließen, die zufriedensten, glücklichsten Menschen. Den Müller Simerl von Schwenkdorf riß vermutlich nur die Fröhlichkeit seiner Kameraden mit, der Anlaß, den diese zur selben hatten, fehlte ihm, seinen Hut zierte kein Sträußchen, denn der Arme hatte sich vier Wochen vor der Stellung auf einer Hochzeit beim Freudenschießen den Daumen der rechten Hand zerschmettert. „So kommt mancher oft ums Schönste," klagte er seinen scheidenden Freunden.

Als der Zug eine Strecke weit, außer Ort war, erhob sich unter einem Busche am Wege eine Dirne und erwartete das Herankommen der Rekruten.

Toni erkannte Helene.

„Du, sein Nachbar stieß ihn mit dem Ellbogen an. „Mir scheint, da kriegst was mit af'n Weg, ich glaub' aber nit, daß 's a Buß'l sein wird."

Toni zog den Mund breit und blinzte pfiffig dazu. „Ah, was!" sagte er. „Geht's nur vorn... ich hol' euch bald ein."

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219200415-18/fragment/page=0006

rufen wird, soll ein Demonstrationszug mit nachfolgender Festlichkeit im Bürgergarten stattfinden. Die gesamte Arbeiterschaft von Annaburg und Umgegend ist aufgefordert, sich am 1. Mai an dem Umzuge zu beteiligen.

Zörbig. Stadtverordnetenversammlung. Da Herr Maaz sein Amt als Stadtverordneter niedergelegt hat, wurde als nächster von der bürgerlichen Liste der Kanzleisekretär Bönhold vom Bürgermeister durch Handschlag als Stadtverordneter verpflichtet. Die Versammlung nahm Kenntnis von der Prüfung der Stadtkasse, deren Bestand 52 684 Mk. beträgt, und der Stadtsparkasse mit einem Bestand von 37 667,48 Mk. Für die Erteilung des Religionsunterrichts an 20 katholische Kinder wurden dem Pfarrer Dr. Schulte jährlich 500 Mk. bewilligt, weil die Stimme des Vorstehers bei der Abstimmung den Ausschlag gab. Da das Hospital sich außerstande erklärte, die Gemeindeschwester weiter zu besolden, soll sich der Magistrat um die Anstellung einer eigenen Gemeindeschwester bemühen, wobei die jetzige Schwester möglichst zuerst berücksichtigt werden soll. Von wenig sozialem Verständnis zeugten die Ausführungen des Stadtverordnetenvorstehers, wenn er erklärte, daß von einer Notlage der Gemeindeschwester keine Rede sein könne, da sie sich mit der geringen Besoldung bisher gut eingerichtet habe. Indes wurde dem Vorschlag, die Entschädigung der Gemeindeschwester von 720 Mk. auf 1500 Mk. jährlich zu erhöhen, zugestimmt. Der Etat der Kämmereikasse wurde in Einnahme und Ausgabe mit 440 000 Mk. angesetzt, dagegen wurde der Festsetzung der Gemeinde- und Realsteuer nicht zugestimmt. Ein Antrag unserer Genossen, die Unterhaltung der Kirchengebäude aus dem Etat zu streichen, wurde mit 6 gegen 6 Stimmen **abgelehnt**, weil der Vorsteher Ulrich dagegen war; dieser ist noch immer der Meinung, die Unterhaltung der Kirchengebäude käme der Allgemeinheit zugute. Der Baugenossenschaft wurden indes vor einiger Zeit die Anleihe von Baukostenvorschüssen verweigert, mit der Begründung, daß es sich dabei nicht um ein Allgemeininteresse handele. Dabei kamen ja auch nur Arbeiterinteressen in Frage. Die Höhe der Gemeindesteuer wird mit 355 Prozent festgesetzt, ebenso betragen die Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuern 355 Prozent. Hierzu hatten unsere Genossen einen Antrag eingebracht, die Grund- und Gebäudesteuer nicht nach dem Nutzungswert, sondern nach dem gemeinen Werte einzuschätzen, da hierdurch der Stadt bedeutend größere Einnahmen zufließen und gerade die kapitalkräftigen Kreise stärker herangezogen würden. Das Ortsstatut über die Gewährung von Reisekosten usw. an die städtischen Beamten wurde nach den für die Staatsbeamten gültigen Satzungen dahin abgeändert, daß bei weiterer Erhöhung der Fahrgelder sofort höhere Sätze in Kraft treten sollen.

Nachklänge zum Kesselprozeß.

Genosse **Kunert** hatte am 26. Februar dieses Jahres in der Nationalversammlung folgende kleine Anfrage gestellt:

„Im **Kessel-Prozeß** hat der Major a. D. Weber, jetzt Oberst der Sicherheitswehr in Erfurt, früher kommandiert in das Ministerium des Innern, unter seinem Eid ausgesagt, daß das für Marlohs Flucht nötige, durch Sammlungen aufgebrachte Geld von ihm selbst angewiesen worden sei, wobei er ausdrücklich erklärte, daß er unbedingt für die Ausführung des Fluchtplanes gewesen sei. — Was gedenkt die Reichsregierung gegenüber einer solchen zugestandenen Gesetzesverletzung zu tun?“

In der Sitzung vom 13. April gab endlich ein Vertreter des Reichsjustizministeriums die Antwort, die Erledigung der Anfrage Kunerts sei vom Reichswehr- auf das Reichsjustizministerium übergegangen, da Major a. D. Weber in keinem militärischen Verhältnis mehr stünde und deshalb der bürgerlichen Gerichtsbarkeit unterworfen sei. Das Reichsjustizministerium arbeitet mit dem preußischen Justizministerium an der Aufklärung des Falles. Doch liege noch kein Ergebnis der angestellten Erhebungen vor.

Genosse **Kunert** begnügte sich nicht mit dieser Antwort und stellte die Ergänzungsanfrage:

„Gilt die amtliche und berufliche Umschaltung des Herrn Weber vom **Major** a. D. zum **Obersten** der Sicherheitswehr trotz der von ihm tatsächlich zugestandenen **Gesetzesverletzung** als Ausdruck der **Anerkennung** für republikanische Gesinnung und Pflichttreue in einem revolutionären Zeitabschnitt?“

Eine **Antwort** blieb der Regierungsvertreter klugerweise **schuldig**. Er erklärte nur, daß er keinen Auftrag zur Beantwortung dieser Ergänzungsfrage habe. Aber auch so ist die Affäre bezeichnend für das Wesen einer Regierung, die einen Gesetzesverächter trotz gerichtlicher Feststellung seiner schweren Verfehlung ruhig in seinem Staatsamt beläßt!

Die Bekämpfung der Geschlechtskrankheit.

Dem **Reichsrat** ist vom Reichsminister des Innern **Koch** der Entwurf eines Gesetzes zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten nebst Begründung mit dem Ersuchen vorgelegt worden, die gemäß Artikel 69 der Verfassung des Deutschen Reiches erforderliche **Zustimmung** zu seiner Einbringung in der **Nationalversammlung** erteilen zu wollen.

Das Gesetz bringt im § 2 die **Behandlungspflicht** erkrankter Personen, sowie die **Anmeldepflicht** Erkrankter durch die **Erziehungsberechtigten**. Nach § 3 kann durch die zuständige Gesundheitsbehörde von einer dringend krankheitsverdächtigen Person die Vorlegung eines **Gesundheitszeugnisses** verlangt werden; auch kann ein **zwangsweises Heilverfahren** eingeleitet werden. Nach § 4 wird die Ausübung des Geschlechtsverkehrs seitens einer erkrankten Person, falls sie von ihrer Erkrankung weiß bzw. den Umständen nach wissen muß, mit **Gefängnis** bestraft.

Die weiteren §§ 5 bis 8 enthalten Vorschriften für Aerzte und Gesundheitsbeamte. § 9 bestraft den unerlaubten Verkauf von **Heilmitteln**. § 10 und § 11 enthalten Schutzvorschriften für Kinder und Säuglinge. § 12 endlich beseitigt die bisherige Unlogik des § 180 des Strafgesetzbuches, nach dem zwar die **Prostitution** staatlicherseits **zugelassen** war, andererseits aber Wohnungsvermieter, die Prostituierte aufnahmen, wegen **Kuppelei** bestraft wurden. Jetzt erfolgt Bestrafung nur noch für den Fall der **Auswucherung** oder des Anwerbens oder Anhaltens der Mietspersonen zum Zwecke der **Unzucht**. Der § 13 kündigt **öffentliche Beratungsstellen** für Geschlechtskranke im ganzen Reichsgebiet an. Die §§ 14 und 15 enthalten Zuständigkeits- und Ausführungsbestimmungen.

Beamtenstreik in Oberschlesien.

Beuthen, 14. April. Am 13. April fand in Beuthen eine Versammlung der Postbeamten statt, in der das Vorgehen der Justizbeamten gebilligt wurde. Die Postbeamten erklärten, daß die Beamten einheitlich für die Forderungen ihrer Rechte vorgehen werden, gegebenenfalls werden die Postbeamten gemeinsam mit den Eisenbahn- und Zollbeamten durchgreifende Maßnahmen erwägen. Sie verlangen Unantastbarkeit der Beamtenrechte, sofortige Aufhebung aller Verordnungen, die die Verbindung der oberschlesischen Beamten mit dem Mutterlande beschränken und besonders unbedingte Anerkennung der durch die Verfassung des Reiches geltenden Rechtswege.

Beuthen (Oberschlesien), 14. April. Sämtliche **Justizbeamten** der Landgerichte Gleiwitz, Ratibor und Oppeln haben sich dem Vorgehen der Justizbeamten des Landgerichts Beuthen angeschlossen und die **Dienstgeschäfte niedergelegt**.

Oppeln, 14. April. Infolge der durch Erschießung des Eisenbahngütervorstehers Plascek hervorgerufenen Zusammenstöße mit französischem Militär ist heute der **verschärfte Belagerungszustand** über Oppeln verhängt worden.

Generalstreik in Eupen-Malmedy.

Aachen, 14. April. Dem Volksfreund zufolge ist heute vormittag der **Generalstreik** in **Eupen-Malmedy** und **Monschau** ausgebrochen. Der Streik richtet sich gegen die wirtschaftlichen Maßnahmen der belgischen Regierung in Eupen und Malmedy und gegen die Abtretung der Monschauer Bahn an Belgien, die von der Grenzkommission beschlossen worden ist. Die Streikleitung hat den belgischen Behörden und der französischen Kommandantur in Monschau eine Liste von Forderungen überreicht. In **Monschau** haben heute vormittag große Kundgebungen vaterländischen Charakters stattgefunden. In den drei Kreisen ist der Generalstreik allgemein. Die ganze **Beamtenschaft**, einschließlich Post und Telegraphie, **streikt**. Ueber die Haltung der Eisenbahner ist noch keine Entscheidung getroffen worden.

Der politische Generalstreik in Irland.

London, 14. April. (Havas). Der **Streik in Irland** scheint ernsteren Charakter anzunehmen, als anfangs angenommen wurde. Er soll so lange dauern, bis **alle Gefangenen in Freiheit gesetzt** sind. Die Gewerkschaften in Belfast und im Norden leisteten im allgemeinen dem Streikbefehl keine Folge.

London, 14. April. (Reuter). Im **Unterhause** erklärte **Bonar Law** im Laufe der Debatte über den Hungerstreik im Mountjoy-Gefängnis in Dublin und den Generalstreik in Irland: Der Schutz der Bürger und die Aufrechterhaltung von Recht und Ordnung werden unmöglich, wenn die Gefangenen freigelassen würden, weil sie zum Hungerstreik übergingen.

Halle und Saalkreis.

Halle, den 15. April 1920.

Gedenket der Märzopfer!

Hunderte von Proletariern haben in den Märztagen den Kampf gegen die rebellische Soldateska mit dem Leben bezahlt. Die Frauen und Kinder der Gefallenen sind nun bitterer Not ausgesetzt, wenn ihnen nicht die gesamte Arbeiterschaft Hilfe leistet. Es ist eine Ehrenpflicht der ganzen werktätigen Bevölkerung, ihre Solidarität dadurch zu bekunden, daß sie den Klassengenossen, die im Kampfe gegen den Militarismus gelitten und geopfert haben, auch wirklich hilft. Denn die Sache der Freiheitskämpfer war unsere eigene, war die allgemeine Sache. Groß ist die Not, dringend der Hilferuf! Wir müssen das Gelöbnis, welches wir an den Gräbern der für uns Gestorbenen ablegten, daß wir ihre Hinterbliebenen vor Hunger und Elend schützen wollen, jetzt in die Tat umsetzen! Frage jeder sein Scherflein bei! Gebe jeder so viel, wie in seinen Kräften steht! Und doppelt gibt, wer schnell gibt!

*

Folgende **Sammelstellen** für die Opfer des Kapp-Putsches sind in Halle und im Saalkreis eingerichtet: Sämtliche Filialen des Allgemeinen Konsumvereins, Volkspark, Volksblatt, Volksbuchhandlung. Die Gastwirtschaften von Branting, Bernhardyhalle, Neuer Bürgergarten, Mutterlose, Voigt, Paul Wessel, Köppchen, August Lohse, Thate, Seiert, Löwe, Weber, Löther, Bendlin, Müller, Thümmler und Schade. Barbiergeschäfte: Müller, Ethner, Spengler, Böhme, Schwabe und Blüschke. Zigarrengeschäfte: Albrecht, Ackermann, Müller, Heinze, Lichtenstein und Spengler. Kolonialwarenhandlungen: Geschw. Selig, Schaaf, Raum und Fritz. Buchhandlung Morgner, Galanteriewarengeschäft Sobel, Bäckermeister Martin, Buchbinder Vorholz, Buchhandlung Fink, Weißwarengeschäft Anton Kunz, Arbeiterrat, Schmeerstraße 1 II, und Parteibureau der USPD., Harz 42-44, Zimmer 23 und 24. Konsumverein, Merseburger Straße 101; Hermann Schnelle, Friseur, Merseburger Straße 65; Restaurant von Loests Hof, Merseburger Straße Nr. 54. **Kleinkugel**: bei Petermann. **Ammendorf**: Karl Rothe (Osendorf), Willi Angermeier (Radewell), Hermann Zigra (Ammendorf), Rohrborn (Ammendorf), Conrad (Ammendorf-Beesen), Posse (Ammendorf-Beesen), Arbeiterrat Amt Ammendorf, Zimmer 13. **Gutenberg**: Otto Hermann. **Dölau**: Gasthaus Dölauer Heide und Drei Linden. Barbier Köllner, Schmidt und Weber. **Bruckdorf**: Gasthof Große, Konsumverein. **Zwintschöna**: Allg. Konsumverein. **Seeben**: Allg. Konsumverein, Gasthof Glaßer.

Generalversammlung des Allgemeinen Konsum.

Aus dem in der Generalversammlung vom 13. April erstatteten Bericht geht hervor, daß die Entwicklung des Vereins eine gute ist. Der Zugang an Mitgliedern vom 1. Juli bis 31. Dezember 1919 betrug 877, gegen 352 für die gleiche Zeit des Vorjahres. Der Stand der Mitglieder ist auf mindestens 16 700 (gegen 15 377 im Vorjahr) angewachsen. Dabei sind sogar die Mitglieder der neueröffneten Verkaufsstellen Hohenthurm und der Genossenschaft Döllnitz nicht eingerechnet. **Der Gesamtumsatz im verflossenen Halbjahr betrug 5 784 385 Mk., gegen 2 176 300 Mk. i. V.**, so daß eine Steigerung des Umsatzes um 3 608 058 Mk. erreicht worden ist. Im Dezember 1919 hat die Genossenschaft in **Hohenthurm** eine Verkaufsstelle eröffnet. Am 1. Januar 1920 wurde auch die **Döllnitzer** Genossenschaft übernommen. Seit der Uebernahme des Geschäfts hat sich auch dort der Umsatz von 7000 bis 9000 Mk. auf 21 000 bis 22 000 Mk. monatlich gesteigert. Die hohen Umsatzzahlen sind sowohl auf die fortwährenden Preissteigerungen, wie auch auf den Mitgliederzugang und auf den Handel mit freigewordenen Waren (Kaffee, Kakao, Reis) zurückzuführen. Die Bäckerei erzielte ebenfalls einen Mehrumsatz von 274 214 Mk. Die Steigerung ist jedoch auf die Brotpreiserhöhung zurückzuführen. Weißgebäck konnte wegen Mangels an Weizenmehl nicht in dem gewünschten Umfange hergestellt werden. Das Kohlengeschäft erhöhte seine Einnahmen von 53 420 Mk. (i. V.) auf 65 600 Mk. In diese Summe ist der Brennholzumsatz eingerechnet. Die Steigerung ist wie überall auf die Preiserhöhung zurückzuführen. In der Kohlenfrage ist keine Aussicht auf bessere Belieferung und Ermäßigung der Preise. Die Sparkasse weist im ersten Halbjahr eine Mehreinzahlung von 139 055 Mk. (1 384 867 Mk. gegen 1 245 812 Mk.) auf. Am Schlusse seiner Ausführungen brachte der Geschäftsführer Schulze noch eine interessante Statistik über die Preiserhöhung. So sind, um nur wenige Artikel herauszugreifen, die Preise für **Seife auf das 85fache**, für **Heringe auf das 40fache**, für **Reis auf das 30fache** gestiegen. Den geringsten Prozentsatz der Steigerung dürfte wohl der Zucker, der auf das 8fache gestiegen ist, bis jetzt erreicht haben. Auch die Geschäftsunkosten sind auf über 100 Prozent gestiegen.

Ueber die Erwerbung des Grundstücks der Genossenschaft Döllnitz berichtete der Geschäftsführer Gelhaar. Es sei erwünscht, wenn der Gedanke der Verschmelzung der Genossenschaften immer mehr Fuß fasse, da größere Genossenschaften leistungsfähiger sind. Unter den Aktiven befindet sich das obengenannte Grundstück. Der Bilanzwert beträgt 15 680 Mk. Vom rein geschäftlichen Standpunkt sei die Uebernahme außerordentlich zu begrüßen. Restlos sind die Döllnitzer Mitglieder übergetreten, sogar 30 bis 40 Neuaufnahmen sind zu verzeichnen. Die Uebernahme wurde alsdann auch einstimmig beschlossen.

Der Geschäftsführer Gelhaar begründete dann die Abänderung der §§ 9 und 11 des Statuts (Erhöhung des Anteils und der Haftsumme). Die Erhöhung des Anteils liege nicht etwa daran, daß sich das Fundament der Genossenschaft verschlechtert hätte. Schon während der Kriegszeit sei darauf Bedacht genommen, in finanzieller Beziehung das Rückgrat der Genossenschaft zu stärken. Nur die Geldentwertung rechtfertige diesen Schritt. Legt man bei der Entwertung den heutigen Kurs unserer Mark zugrunde, dann müßte eigentlich eine Erhöhung von 20 auf 200 Mk. erfolgen. Welch ungeheure Kapitalien notwendig sind, um die hohen Warenpreise zu entrichten, beweist, daß 1914 die Genossenschaft einen Warenbestand von zirka 300 000 Mk., heute dagegen von zirka 2½ Millionen Mark aufzuweisen hat. Die Genossenschaft kann nicht dauernd auf Bankkredite angewiesen sein, sondern benötigt Betriebskapital. Zudem hatte die Genossenschaft umfangreiche Bauten durchzuführen, da das vor etwa 17 bis 18 Jahren erbaute Grundstück unzulänglich geworden ist. Schon ein Vergleich der Mitgliederzahlen von 8000 auf etwa 17 000, ferner die Vermehrung der Verkaufsstellen von 7 auf 33 begründen diese Maßnahmen. Die Revolution habe verschiedene Vorteile gezeitigt, so unter anderem die Abänderung des preußischen Warenhaussteuer-Gesetzes. Durch dieses Gesetz war die Genossenschaft nicht in der Lage, Schnittwaren usw. zu führen, da eine Umsatzsteuer von 2 Prozent nicht nur auf diese Artikel, sondern auf den Gesamtumsatz erhoben wurde. — Nachdem die Aenderung dieses Gesetzes erfolgt ist, will die Genossenschaft jetzt an die Lösung des Problems herangehen, wenn auch nicht gleich im großen Maßstabe, wie z. B. Leipzig-Plagwitz usw. Auch sollen die Pläne bezüglich Errichtung einer Fleischerei, von Landwirtschafts- und Mühlenbetrieben bei einigermaßen günstiger werdender Konjunktur erwogen werden. Dazu gehört selbstverständlich Betriebskapital, so daß eine Erhöhung der Anteile auf 60 Mk. begründet ist. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Die Sterbeunterstützung für die Mitglieder soll sodann noch eine Aenderung erfahren, und zwar dergestalt, daß nicht mehr der letztjährige Umsatz, sondern der Durchschnittsumsatz der letzten zwei Jahre zugrunde gelegt wird. Jedoch muß auch hier ein Mindestumsatz erreicht sein. Auch werden die Sterbegeldsätze wegen der Geldentwertung um 30 Mk. erhöht werden. Ist beim Eintreten des Sterbefalles der Anteil voll eingezahlt, so wird das Sterbegeld voll entrichtet. Bei einer Einzahlung von 40 bis 59 Mk. werden zwei Drittel, von 20 bis 39 Mk. ein Drittel der festgesetzten Sterbesätze gezahlt. Hat das Mitglied weniger als 20 Mk. Anteil, so kann keine Unterstützung geleistet werden. Diese Aenderung soll ab 1. Januar 1921 in Kraft treten. Der Antrag fand einstimmige Annahme, ebenfalls der Schlußantrag auf Erhöhung der Remuneration für den Aufsichtsrat von 250 Mk. auf 400 Mk. pro Jahr.

Die Beamten und der Sozialismus.

Erfreulicherweise regt sich nach dem gegenrevolutionären Kapp-Putsch der kritisch-oppositionelle Geist auch unter den Reichs- und Staatsbeamten in verstärktem Maße. Nachdem sie von der alten herrschenden Klasse um ihre politischen Staatsbürgerrechte betrogen wurden und man ihnen das Koalitionsrecht vorenthielt, ist es begreiflich, daß sie nach den im Kapp-Putsch gemachten Erfahrungen weder Lust noch Neigung verspüren, wieder zu Heloten einer gegenrevolutionären Amtsautokratie zu werden.

Nach dem 9. November 1918 trat die Reaktion in den führenden und einflußreichen Beamtenstellen zunächst etwas in den Hintergrund. Aber sie verschwand nicht, sie versteckte sich nur, um später wieder die alte Reaktion offen walten zu lassen. Die Tage des Kapp-Putsches waren für die vielen reaktionären Geister unter der Beamtenschaft eine willkommene Gelegenheit, aus ihrem kaisertreuen „schwarzweißroten“ Herzen keine Mördergrube mehr zu machen und sich offen zu den Kapp-Lüttwitzern zu bekennen. Wie bei den Baltikumhorden die Offiziere, so stehen auch heute nach dem Fehlschlagen des Putsches die gegenrevolutionären Beamten in führender Position natürlich wieder „treu und brav“ hinter der verfassungsmäßigen Regierung; aber nach wie vor haben sie kraft ihrer Stellung die Mittel in der Hand, politisch mißliebige oppositionelle und radikale Elemente des Beamtenkörpers zu schikanieren und zu maßregeln. Dazu sind diese Herren um so eher in der Lage, als es im Augenblick noch verhältnismäßig wenige von den Beamten sind, die den Kampf um die wirtschaftliche und politische Besserstellung der Reichs- und Staatsbeamten, unbeschadet aller Konsequenzen, aufgenommen haben.

Das deutsche Volk steht unmittelbar vor den **Wahlen**. Kein Wunder daher, daß die Parteien aller Richtungen um die politische Gunst der Beamtenschaft buhlen. Die **Deutschnationalen** haben bisher die Beamten sowohl als auch die Arbeiter immer nur als Objekte der Gesetzgebung angesehen. Und wenn jetzt auch die **Demokraten** plötzlich entdecken, daß in ihrem Busen für die Beamten ein warmes Herz mitfühlend schlägt, so muß auch diesen Leuten die Frage vorgelegt werden, was sie denn eigentlich vor den Novembertagen 1918 Positives für die Beamtenschaft geleistet haben. Alle heuchlerischen Versprechungen der bürgerlichen Parteien laufen darauf hinaus, mit ungeheurem Phrasenschwall Stimmenfang zu treiben. Daß auch die **Rechtssozialisten** mit einer umfangreichen Propaganda unter den Beamten eingesetzt haben, versteht sich am Rande. Aber auch hier muß den Beamten ins Gedächtnis gerufen werden, daß die zweifelhafte Koalitionspolitik der Rechtssozialisten es gewesen ist, die erst der Gegenrevolution in den Sattel half und die Beamtenschaft wieder um Haaresbreite um die wenigen sauer erkämpften Rechte brachte.

Das Bürgertum kann nur herrschen, weil es sich auf eine abhängige und politisch entrechtete Beamtenschaft stützt. Die U. S. P. D. erstrebt dagegen die politische und die wirtschaftliche Gleichberechtigung der Beamtenschaft und sucht zur Erreichung dieses Zieles das Hand-in-Hand-Arbeiten der Beamten mit der organisierten Arbeitnehmerschaft zu fördern. Die gegenrevolutionäre hohe und niedere Amtsbureaukratie ist nach wie vor am Werke, sich hinter den Kulissen durchzusetzen. Es ist auch für die Reichs- und Staatsbeamten höchste Zeit, diesen reaktionären Treibereien ein Ziel zu setzen. Reichs- und Staatsbeamte: Wacht auf!

Die Schuldigen am Schuhwucher!

Zu den Gebrauchsartikeln, deren Preise für die breiten Massen unerschwinglich geworden sind, gehören auch Schuhe. Preise von rund 400 Mk. für ein einigermaßen solides Paar Herrenstiefel sind heute nichts Ungewöhnliches mehr, ebensowenig ein Preis von 60 bis 70 Mk. für ein Paar Sohlen und Absätze. Die Schuld an diesem ungeheuerlichen Wucher tragen weniger die Kleinhändler und Schuhmacher, als die Lederfabriken und Ledergroßhändler. Das wird klar, wenn man bedenkt, daß eine einzige der großen Aachener Lederfabriken Ende 1918 ihr Aktienkapital von 2 auf 4 Millionen Mark vergrößerte und dann auf dieses verdoppelte Kapital für das Geschäftsjahr 1919 neben außerordentlich reichlichen Abschreibungen noch eine **Dividende** von 40 **Prozent** ausschüttete. Und fast bei jeder Häuteversteigerung in den letzten Monaten konnte man hören, daß Verkäufer ganz einfach die Versteigerung ohne Verkaufsabschluß vorübergehen ließen, weil ihnen die Preisangebote nicht hoch genug waren. Die Herrschaften können wegen des ungeheuren Bedarfs und der großen Lederknappheit die Preise nach ihren Wünschen diktieren und machen davon zum Schaden der Konsumentenschaft den ausgiebigsten Gebrauch.

Letzten Endes trägt an diesen Zuständen auf dem Großmarkt die Regierung die Schuld, und zwar durch die völlig unverständliche Aufhebung der Lederzwangswirtschaft. Freilich mußten die Fabriken von ihren bei der Aufhebung der Zwangswirtschaft erzielten großen Konjunktur- oder besser gesagt Wuchergewinnen eine Abgabe von 60 Prozent an die Reichskasse entrichten — die übrigens jetzt in eine Lederabgabe verwandelt worden ist —; aber ihre Verdienste langten immer noch zur Ausschüttung märchenhafter Dividenden. Um Milliarden sind die Konsumenten durch die völlig einseitig nach kapitalistischen Gesichtspunkten orientierte Lederpolitik des Reichswirtschaftsministeriums geschädigt worden und werden sie weiter geschädigt, ohne daß das Geringste unternommen wird, dem unerhörten Lederwucher ein Ende zu bereiten. Ist es doch durch die Sorglosigkeit der Behörden soweit gekommen, daß Riesenmengen deutscher Lederfabrikate ins Ausland gingen, während im Lande selbst Millionen nicht wissen, woher sie die Mittel zur Beschaffung und Instandhaltung von Schuhwerk nehmen sollen.

Werden nicht endlich energische Maßnahmen zur Bekämpfung des Lederwuchers in Deutschland unternommen, so dürften sich die Zustände auf dem Schuhmarkte noch weiter verschlimmern und den Erwerb eines Paares Stiefel für Nichtkriegsgewinnler geradezu zur Unmöglichkeit machen. An eine Besserung der Verhältnisse durch ausländische Zufuhren ist nicht zu denken, weil durch den Tiefstand der deutschen Valuta der Auslandsschuh in Deutschland auf ungefähr 1000 Mk. das Paar zu stehen kommt.

* **Titel statt Rechte.** Aus dem Bureau des Eisenbahnerverbandes wird uns geschrieben: „Endlich findet auf den preußisch-hessischen Staatsbahnen der § 13 des Betriebsrätegesetzes Anwendung. Der berühmte Paragraph besagt, daß für öffentlich-rechtliche Körperschaften, die hinsichtlich der Dienstverhältnisse ihrer Beamten der Reichsaufsicht unterstehen, entsprechende Verordnungen, ob Beamtenwärter zu den Beamten- oder Betriebsarbeiterräten zu wählen haben, erlassen werden. Hier handelt es sich darum, festzustellen, ob gewisse Gruppen von Beamten, Anwärtern

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219200415-18/fragment/page=0007

...s Angestellte oder Arbeiter (Lohnempfänger) im Sinne des Gesetzes zu betrachten sind. Letzteres ist zutreffend, weil sämtliche Hilfsbeamte und Anwärter im Lohnverhältnis stehen. Sind also nicht, wie jetzt der am 13. März sauber frisierte Erlaß des Herrn Minister Oeser besagt, zu den Wahlen der Beamtenräte zuständig. Wie früher so auch jetzt. Preußische Geheimratsseelen finden einen Ausweg, um den bis aufs höchste erbitterten Beamtenanwärtern den Canossagang zu erleichtern. Man befördert laut Erlaß vom 13. März plötzlich den Arbeiter zum Beamtenanwärter, denn, wie die Verordnung des Herrn Bodenstein besagt, die Grundlage für eine förmliche oder formlose Prüfung vorhanden ist. Wie gnädig. Doch der Leidensweg geht weiter. Sogar Dienstverrichtungen in Beamtenstiefeln genügen laut Erlaß, um die Beamtenanwärter für die Wahlen der Beamtenräte gefügiger zu machen (sonst allerdings steht ein derartiges Entgegenkommen auf einem anderen Blatte). Jetzt allerdings braucht der mit allen der Geheimratswirtschaft angeborenen Finessen ausstaffierte Entwurf die Beamtenanwärter als Prellbock gegen die Betriebsarbeiterräte. Nun rächt sich die Stellungnahme derjenigen, die bei den Verhandlungen im Ministerium die Hilfsbeamten versuchten vom D. E. V. zu trennen, nur aus agitatorischen Gründen, den Beamtenanwärtern innerhalb zwei Jahren den Himmel auf Erden versprachen. Anstatt Hand- und Kopfarbeiter in eine Organisation zu vereinigen, um endlich die Demokratisierung der Betriebe und Verwaltungen herbeizuführen, zersplittert sich das Beamtentum zum Gaudium der reaktionären Geheimräte und Ministerialdirektoren. Gegen eine derartige Auslegung des § 13 müssen die Hilfsbeamten sofort Front machen. Also Stimmvieh, nichts als Stimmvieh, weil — ein Arbeiter Beamtenstiefel tragen darf. Der Deutsche Eisenbahnerverband hat denn auch bei den Schlußverhandlungen am 12. März jede Verantwortung für die Folgen einer dermaßen hohnsprechenden Verordnung abgelehnt. Heraus zum Protest! Die Parole muß jetzt sein: Bei den jetzt stattfindenden Betriebsratswahlen sämtliche Stimmen für den Deutschen Eisenbahnerverband! Kein Kompromiß mit den deutsch-demokratischen Gauklern!

* **Metallarbeiter.** Heute abend 7 Uhr im großen Saale des Volksparks wichtige Versammlung. Die Elektromonteure beginnen um 6 Uhr im kleinen Saal, um nachher an der Mitgliederversammlung teilnehmen zu können. Klempner und Installateure am Sonnabend in Köppchens Restaurant, Unterberg 12. Für die Lehrlinge sind mit dem Verband der Metallindustriellen folgende Stundenlöhne vereinbart, zahlbar ab 1. April: 1. Jahr 25 Pf., 2. Jahr 50 Pf., 3. Jahr 75 Pf., 4. Jahr 1 Mk. Bei Former-, Kessel- und Blechschmiedelehrlingen ist der Lohn um 10 Pf. pro Stunde höher. Die Auszahlung erfolgt am Freitag. Die Ortsverwaltung.

* **Lohnregelung im Steinsetzergewerbe für den Bezirk Merseburg.** Wie uns von der Bezirksleitung des Verbandes der Steinsetzer mitgeteilt wird, ist nachstehende Lohnveränderung zwischen der Steinsetzer-Innung für den Regierungsbezirk Merseburg und dem Verbande der Steinsetzer am 1. April bzw. 14. April 1920 vereinbart worden: Der Stundenlohn vom 1. April bis 8. April 1920 beträgt für Steinsetzer 4,25 Mk., ab 9. April 5,30 Mk., für Rammer 4,15 Mk., ab 9. April 5,20 Mk., für Arbeiter 3,95 Mk., ab 9. April 5 Mk. Im übrigen gilt der bestehende Tarifvertrag vom 12. Dezember 1919. Für die Arbeiter, die zu reinen Tiefbauarbeiten verwendet werden, gelten die Lohnsätze im Tiefbaugewerbe.

* **Rechtssozialistische Helfer der Reaktion.** In einer dürftigen Erwiderung auf unseren Artikel in Nr. 83 unseres Blattes, in dem wir die traurige politische Rolle der hiesigen Rechtser geißelten, behauptet das Organ der Hallischen Regierungssozialisten, daß es mit der Entschließung ihres Magdeburger Parteibezirks voll einverstanden sei. Diese Entschließung stellte mit Recht fest, daß das Fortbestehen des reaktionären Militärs der Regierung den letzten Rest von Vertrauen im Volke kostet; sie fordert ihre Genossen in der Regierung auf, ihre Aemter niederzulegen, wenn sie zu schwach sind, sich gegenüber der Militärreaktion durchzusetzen. Wenn die hiesige Volksstimme sich diese Auffassung wirklich zu eigen machte, wäre sie auch verpflichtet, über alle gegen die Regierungsgenossen gerichteten oppositionellen Ansichten zu berichten. Diese werden jedoch konsequent unterschlagen, wofür ein erneuter Beweis hier angetreten werden soll. Infolge der Vorgänge im Eisleber Stadtparlament, über die wir in der letzten Dienstagsnummer berichtet haben, fand in Eisleben eine Riesenprotestversammlung der Einwohnerschaft statt, in der der Stadtverordnete Strauß von der Rechtspartei bekanntgab, daß „die Mansfelder Rechtssozialisten in schärfster Opposition zu denjenigen Parteigenossen ständen, die noch heute die verderbliche Politik der Noske-Bauer gutheißen, und daß sie in einer am Sonntag stattgefundenen Versammlung die in der Regierung befindlichen Genossen durch eine Resolution aufgefordert haben, aus der Regierung auszutreten, falls es nicht gelingt, eine rein sozialistische Regierung zu bilden". — Zu dieser Erkenntnis haben sich die Hallischen Regierungssozialisten noch nicht durchzuringen vermocht. Sie bringen es noch nicht einmal übers Herz, ihren Lesern mitzuteilen, was innerhalb der eigenen Reihen vorgeht. Sie haben wirklich nichts gelernt und anscheinend alles wieder vergessen.

* **„Schützt unsere Truppen vor Verleumdungen."** Auf den unter dieser Spitzmarke von der Hallischen Zeitung gebrachten Aufruf erhielten wir noch viele Zuschriften, die unsere bereits veröffentlichten Berichte über die Greueltaten der Soldateska in Halle noch ergänzen. So schreibt uns ein Genosse: „Am 20. April wurde ich auf dem Wege von Büschdorf nach Reideburg von 50 Nosketen der 8. Kompagnie vom Pionier-Battl. 16 nachts um 11½ Uhr ohne jeden Grund verhaftet, nach dem Bahnhof gebracht und dort von einem Leutnant verhört. Dann ging die Mißhandlung los. Ich mußte Rock und Weste aufknöpfen und mit erhobenen Händen zwischen 150 bis 200 Mann, welche in zwei Reihen aufgestellt waren, unter schweren Mißhandlungen Spießrutenlaufen. Plötzlich hielten mich 10 Mann fest und andere zogen mir die Hose herunter. Mit allen möglichen Gegenständen schlugen die Rohlinge auf meinen entblößten Rücken und aufs Gesäß ein. Einer versetzte mir mit dem Gewehrkolben einen Schlag auf den Hinterkopf, so daß ich zusammenbrach. Als ich so hilflos am Boden lag, bekam ich einen Fußtritt ins Auge. Man mißhandelte mich mit Fäusten, Gummischläuchen, Drahtkabeln, Klopfpeitschen, Gewehrkolben und Seitengewehren. Viele von den Nosketen waren betrunken. Auch nahmen sie mir mein Partei- und Gewerkschaftsbuch, ein Taschenmesser, Notizbuch mit Blei und Streichhölzer weg. Ich habe die Sachen nicht wieder zurückerhalten. Nach längerer Haft wurde ich wieder entlassen". — Und diese uniformierten Bestien beklagen sich über Verleumdungen.

Rüstet zur Maifeier!

Genossinnen und Genossen! Der 1. Mai, der Arbeiterweltfeiertag naht heran. Nur noch zwei Wochen trennen uns von dem Maifest der Arbeit! Von dem Tage, an dem das klassenbewußte Proletariat bereits vor Jahrzehnten oft unter schweren Opfern dem Kampfe um den Sozialismus von neuem die Treue schwur. Wie keiner seiner Vorgänger hat der diesjährige Maifesttag eine hohe Bedeutung für die sozialistische Arbeiterschaft. Große Kämpfe liegen hinter uns, schwere stehen uns noch bevor.

In dieser sturmbewegten Zeit muß der Arbeiterweltfeiertag den einheitlichen, unbeugsamen Willen des Proletariats in wuchtigster Weise zum Ausdruck bringen. Durch riesige Massendemonstrationen muß den Säumigen, den Schwächlichen, den Unentschlossenen die Kraft im Kampfe um die Macht der Schaffenden eingehämmert werden. Das Bekenntnis zum Sozialismus muß Tausenden neu gestärkt werden.

In diesem Gedanken ist die Maifeier vorzubereiten mit der Losung:

Gegen Kapitalismus und Militarismus, für den Sozialismus.

* **Graf Posadowsky verzichtet?** Herr Dr. von Posadowsky-Wehner, der deutschnationale Abgeordnete zur Nationalversammlung für den Wahlkreis Merseburg, hat, wie berichtet wird, den Landesverband Merseburg der Deutschnationalen Volkspartei gebeten, von seiner Aufstellung als Kandidat für die nächsten Reichstagswahlen Abstand zu nehmen. — Die Kirschen scheinen dem schlauen Grafen im Barte doch zu sauer geworden zu sein.

* **Vertretertagung der Angestellten im mitteldeutschen Bergbau.** Am 17. und 18. April findet in Halle eine Sitzung der Vertrauensleute der der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände angeschlossenen Verbände (Zentralverband der Angestellten, Bund der technischen Angestellten und Beamten, Deutscher Werkmeister-Verband) für den mitteldeutschen Bergbau statt. Als Tagesordnung sind folgende Punkte vorgesehen: 1. Die Angestelltenbewegung in Gegenwart und Zukunft. 2. Aufgaben der Angestelltenorganisation. 3. Betriebsräte und ihre Eingliederung in die Organisation. 4. Aufbau der Betriebsräte. 5. Betriebsratswahlen.

* **Was jetzt dem Tabak beigefügt werden darf.** Zur Mitverwendung bei der Herstellung tabakähnlicher Waren sind folgende Stoffe zugelassen: Blätter der gewöhnlichen Kirsche oder Süßkirsche und Blätter der Weichselkirsche oder Sauerkirsche, Steinklee, eingesalzene Rosenblätter, Veilchenwurzelpulver, Vanilleroots, getrockneter Waldmeister, Wegebreitblätter, Altheeblätter, Huflattichblätter, Baldrianwurzel, getrocknete Brennessel, Krauseminze, Zitronenschalen, Lavendel und Thymian. Tabakmischwaren müssen auf der Packung gekennzeichnet werden. — Und für diesen Hochgenuß die erhöhte Tabaksteuer!

* **Vor einer neuen Zuckerverteuerung.** Der Reichsanzeiger veröffentlicht eine Verordnung, wonach den Fabriken eine neue Preiserhöhung für Verbrauchszucker zugestanden wird. Der Preis für je 50 Kilo erhöht sich auf 135 Mk., die Monatsaufschläge steigen auf 0,70 Mk., dazu ein Handelszuschlag von 10,50 Mk. für 50 Kilogramm. Die Folgen dieser Preiserhöhung werden sich auch bald im Kleinhandel geltend machen.

* **Pflanzenabgabe durch die Stadtgärtnerei.** Um der starken Nachfrage nach Gemüsepflanzen zu entsprechen, werden in diesem Jahre auch in der Stadtgärtnerei Pflanzen zum Verkauf angezogen. Der Verkauf findet an jedermann zu den üblichen Marktpreisen in der Stadtgärtnerei am Galgenberg werktags in der Zeit von 8 bis 3 Uhr statt.

* **Entwaffnung der Schüler.** Der Kultusminister Haenisch ordnete, wie das W. T. B. meldet, an, daß die Direktoren der höheren Lehranstalten den Schülern den Beitritt zu militärischen Organisationen (Zeitfreiwilligenregimentern, Einwohnerwehren, Ortswehren usw.) zu untersagen haben. Schüler, die solchen Verbänden angehören, müssen sofort austreten. — Sieh da! Dem Herrn Kultusminister scheint es endlich einzufallen, daß die Schüler zum Lernen und nicht zum Soldatenspielen da sind. Immerhin kann er durch diesen Erlaß nicht aus der Welt schaffen, daß er auf Noskes Anlaß vor einem Jahr die Bewaffnung der meist noch recht unreifen Bürschchen angeordnet hat. Ja, das ging sogar soweit, daß die Direktoren auf die Schüler einen Druck ausübten, den Zeitfreiwilligenformationen beizutreten. Herr Haenisch hat damals auch angeordnet, daß die Schüler, die zum „Ortsschutz" beitraten, Examenserleichterungen hatten. So hat mancher Dummkopf seine Primareife dadurch erhalten, daß er bei den Baltikumhorden diente. Wir haben schon damals dies bildungsfeindliche Verhalten gegeißelt. Und daß wir recht hatten, beweisen die letzten Märzereignisse. Wer in Halle sah, wie kopflos die akademischen Zeitfreiwilligen am Marktplatz in die Menge schossen, der kann wohl begreifen, daß die Arbeiterschaft besonders über diese bewaffneten Hosenmätze empört waren. Selbst von vielen Bürgern wurde in diesen Tagen der Ruf laut: Nehmt den Kindern die Waffen weg." Hoffentlich geschieht es nun auch wirklich!

* **Die Ausstellung von Entwürfen.** Die zu den Wettbewerben künstlerische Ausgestaltung des Kriegerfriedhofes und Grabsteine und Grabkreuze aus Holz, Eisen, Stein und gebranntem Ton eingereichten Entwürfe werden zur Besichtigung in der Handwerker- und Kunstgewerbeschule, Gutjahrstraße 1, Erdgeschoß links, Zimmer 12, ausgestellt und zwar die Entwürfe Kriegerfriedhof von Sonntag, den 18. bis Donnerstag, den 22. April und die Entwürfe Grabsteine usw. von Sonntag, den 25. bis Donnerstag, den 29. April. Die Ausstellung ist geöffnet: Sonntags von 11 bis 1 Uhr, werktags von 11 bis 5 Uhr. Eintritt frei.

* **Erklärung.** In der Stadtverordnetensitzung vom 12. Januar kam es bei Besprechung eines von dem Deutschnationalen gestellten Antrages auf Beseitigung oder Einschränkung schädlicher Folgen von Streiks zu einer scharfen Auseinandersetzung zwischen unseren Genossen und den Bürgerlichen über die im Kilian-Prozeß deutlich in Erscheinung getretene Klassenjustiz. Der über diese Sitzung im Volksblatt abgedruckte Bericht enthielt neben anderen scharfen Wendungen einige gegen die demokratischen Stadtverordneten Minner, Borges und Balke gerichtete Bemerkungen, die als verletzend aufgefaßt werden konnten. Wir erklären, daß es uns vollkommen ferngelegen hat, den genannten Herren in ihrer persönlichen Ehre in irgend einer Weise nahetreten zu wollen. Wir können die beanstandeten Ausdrücke um so lieber zurücknehmen, als wir in den genannten Herren im übrigen doch immer hochachtbare Bürger sahen.

Schriftleitung des Volksblattes.

* **Stadttheater.** Heute, Donnerstag, abends 7 Uhr, gelangt das Trauerspiel Woyzeck von Georg Büchner zur Aufführung. Freitag, Der Wildschütz. Am Sonnabend, abends 7½ Uhr, findet das 6. diesjährige Konzert statt. Zur Aufführung gelangt Missa solemnis von Beethoven für Soli, Chor, Orchester und Orgel. Sonntag nachmittag 3 Uhr wird als Volksvorstellung bei kleinen Preisen das Schauspiel Nora gegeben. Sonntag abend 7 Uhr Der Wildschütz. Montag, abends 6 Uhr, Tristan und Isolde. — Im Thalia-Theater gelangt am Sonntag, den 18. April, abends 7½ Uhr der Schwank Herrschaftlicher Diener gesucht von Eugen Burg und Louis Taufstein durch das Personal des Stadttheaters zur Aufführung.

* **Im Apollotheater** finden heute und morgen die beiden letzten Aufführungen von Die kleine Hoheit statt. Sonnabend, den 17. April, geht als Ehrenabend für den beliebten Darsteller Herrn Fritz Schulz zum 1. Male Das Glücksmädel, Vaudeville in 3 Akten von Schwartz und Reimann in Szene. Sonntag und folgende Tage Das Glücksmädel.

Letzte Nachrichten.

Lüttwitz und Bischoff festgenommen!

Berlin, 15. April. (W. T. B.) Durch umfangreiche Ueberwachung der Güter in der Provinz Pommern ist es heute vormittag in Horst geglückt, des Generals Lüttwitz sowie des Majors Bischoff habhaft zu werden. — In Stolpmünde konnte ein Propagandabureau der Baltikumtruppen aufgehoben werden. Sämtliche Verhafteten wurden unter starker Bedeckung nach Stettin gebracht.

Verantwortlich für Politik und Parteinachrichten: Karl Bock; für Halle und Saalkreis: Gottlieb Kasparek; für Aus der Provinz und Versammlungsberichte: Johann Janßen; für Anzeigen: Hermann Schade; Verlag: Volksblatt G. m. b. H. Druck: Hallesche Genossenschaftsbuchdruckerei e. G. m. b. H., sämtlich in Halle.

Sprechstunde der Redaktion von 12 bis 1 Uhr.

Arbeiter-Sekretariat, Halle (Saale).

Sprechstunden für auswärtige Partei- und Gewerkschaftsmitglieder nur vormittags von 11 bis 1 Uhr; für in Halle wohnende nur nachmittags von 4½ bis 7 Uhr. Sonnabend nachmittags und Sonntags geschlossen.

Amtliche Wetteransage.

Mitgeteilt von der Wetterstelle Ilmenau.

Freitag, 16. April: Zeitweise wolkig, wärmer, Gewitterneigung.

Volksblattleser!

Wer den Bezugspreis ohne Aushändigung der vom Verlag ausgegebenen Quittung zahlt, tut es auf die Gefahr hin, daß der Verlag den Betrag nicht erhält und er diesen noch einmal zahlen muß.

Achtung! **Bergmann & Co.,** Achtung!
en gros **Rohprodukten,** en detail
Kleine Ulrichstr. 26 im Hof.
Vertreter: **Curt Zöhl,** früher Kl. Ulrichstr. 23.
Einkaufstelle für Lumpen, Papier Alteisen, Kupfer, Messing, Blei, Zink usw. 374
Zahlen die höchsten Tagespreise.
Für Fabriken u. Händler beste Abnahmequelle. || Bei schriftlichem Bescheid erfolgt sofortige Abholung.
Wir bitten, auf die Hausnummer 26 zu achten.

Zigarren, Zigaretten, Tabak rein. Nordh. und dänischen Kautabak kaufen Sie in nur guter und preiswerter Ware bei **Paul Elze,** 359 **Merseburger Str. 103.**

Gebr. **Strickmaschine** steht zum Verkauf. **Eisleben,** Sangerhäuserstraße 10 im Laden. *143

1 zweirädriger Sportwagen (Zweisitzer) mit Gummibereifung zu verk. 360 Schlosserstr. 6, III l.

1 gebr. Kleiderschr., 3 f. n. Stühle, 1 n. Kom. b. z. v. Tischlerei Schloßberg 1.

Gebett gute **Federbetten,** guterhalt. Chaiselongue zu verk. Gr. Gosenstr. 12 p. Eing. Advokatenweg. [355

Gebett gute Federbetten zu verkaufen. 356 Gabelsbergerstr. 5 II.

Gangbare *186 **Klempnerei,** sofort zu pachten, eventl. später zu kaufen gesucht, am liebsten in Halle od. Umgeg. Angeb. sind zu richten an Bauklempnerei und Installationsgeschäft von **Max Wimmer,** Holzweißig, Kr. Bitterfeld.

Altpapier jeder Art Kilo 80 Pf. kauft [*127 **Wilhelm Keil,** Viktoriastraße 3.

Wer erfindet? Die Industrie sucht Erfindungen. Anreg. z. Erfind. in u. Broschüre m. Gutschein üb. 20 Mk. **umsonst.** *141 Industrie- u. Handelsgesellsch. Leipzig, Windmühlenstr. 1—5.

Max Morgner, Buchbinderei, Buch- u. Papierhandlung, **Halle (S.),** Triftstrasse 20. — Fernruf 5656. 859

Frauenhaare kaufe ich auch die kleinsten Posten . . . per 100 Gramm Mark 4.00 bis Mark 5.00 **Ernst Griesemann,** Halle a. d. S., Leipzigerstrasse 63.

1 Lederweste (fast neu), 1 Anzug (neu, mittl. Gr.), 1 Kesselanzug z. verk. 353 P. Elze, Merseburgerstr. 103.

Ansichts-Postkarten empf. die Volksbuchhandlung.

350 Jung. Arbeiter sucht **einzelne Schlafstelle mit Mittagskost.** Off. V. H. 658 an d. Exp. d. Bl.

Schneidergehilfen sucht sofort **H. Hübig,** Schneidermeister, Gerbstedt. *146 Kost und Logis im Hause.

357 **Reparaturen an Korbwaren** jeder Art werden preiswert ausgeführt im **Korbgeschäft Triftstraße.**

Die Industrie sucht Ideen und Erfindungen. **Erfinder** erhalten Anregung zum Erfinden in unserer Broschüre kostenlos. *143 Pigett & Hübscher Breslau 5 171

Alle Parteischriften empfiehlt die **Volksbuchhandlung** Harz 42-44.

Schulbücher aller Art empfiehlt die **Volks-Buchhandlung.** Harz 42/44.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219200415-18/fragment/page=0008